

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6212.

Professionals-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 50 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1598. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 11. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Reform oder Revolution?

Das war die Frage, vor welche wir Sozialdemokraten in dem Augenblick gestellt wurden, wo die Staatsmacht den Kampf mit der sozialdemokratischen Bewegung im Ernst aufnahm. Schon zu Anfang der 70er Jahre wurde sie auf's Eingehendste von uns behandelt, wie Jeder aus dem Bericht über die Verhandlungen des Leipziger Hochverraths-Prozesses ersuchen kann. Und die Antwort fiel — wenn auch in verschiedener Form, je nach den Umständen, unter welchen die Frage sich uns aufdrängte — stets dem Sinne nach gleich aus:

Reform und Revolution schließen einander nicht aus. Ob die soziale Frage — um den vulgären Ausdruck beizubehalten — friedlich — auf dem Wege der Reform, oder gewaltsam — auf dem Wege der Revolution — gelöst wird, das hängt nicht von den Sozialdemokraten ab, sondern von den herrschenden Parteien. Verstehen diese die Natur der sozialdemokratischen Bewegung und die Gesetze, nach denen die Entwicklung der Gesellschaft sich vollzieht, so wird die Bewegung in gesetzliche Bahnen geleitet. Und wir haben die Reform.

Verstehen die Machthaber die sozialdemokratische Bewegung nicht, und suchen sie die gesellschaftlichen Entwicklungsgehalte umzustürzen, so ist die notwendige Folge dieser Umsturzbestrebungen der Machthaber, daß die am friedlichen Lauf verhinderte Bewegung sich gewaltsam Bahn bricht und den gesellschaftlichen Naturgesetzen, die über den Menschengesehen stehen, gewaltsam Geltung verschafft. Und das ist die Revolution.

So beantworteten wir die Frage klar und nett schon vor einem Vierteljahrhundert. Und heute lautet die Antwort genau ebenso. Die Sozialdemokratie ist keine Gelegenheits-Partei, die je nach der wechselnden Gelegenheit bald so ist bald so, — keine opportunistische Chamäleons- und Geschäfts-Partei, die ihre Ansichten wechselt je nach den verschiedenen Umständen und nur ein Ziel fest und unverrückt im Auge hat: die Nützlichkeit, das Geschäft. Unser Programm ist keiner Laune des Augenblicks entsprungen, ist keine willkürliche Phantastie, sondern die Abpiegelung der tatsächlichen Verhältnisse mit den, nach Logik der Thatsachen, aus ihnen gezogenen Folgerungen und Forderungen. Ein solches

Programm schließt einen Wechsel der Anschauungen aus, und seine praktischen Konsequenzen sind nicht das Spiel der Winde, sondern ebene Notwendigkeiten.

Anders unsere Gegner. Sie sind einzig nur in einem Punkt: dem Bestreben, die heutige Gesellschaftsanarchie zu konserviren, der sie ihre Machtstellung und ihren Einfluß verdanken. Ihr gemeinsames Programm ist rein negativer Natur: Abwehr der auf die sozialistische Umgestaltung dieser anarchischen Gesellschaft der Unterdrückung und Ausbeutung gerichteten Bestrebungen, denen gegenüber sie nur ein starres non possumus! non volumus! haben, ein: Wir können nicht! Wir wollen nicht! Und so sind sie, — die seltenen Ausnahmen zählen nicht — von vornherein entschlossen, sich mit der Frage Reform oder Revolution? gar nicht zu beschäftigen. Wer überhaupt jede Umgestaltung der ökonomischen und politischen Verhältnisse — und Ueberwindung oder Ausschaltung ist keine Umgestaltung — im Prinzip entgegensetzt ist, hat natürlich kein Interesse an dem Wie? der Umgestaltung. Theils aus krankhaft-nerdöser, das böse Gewissen verrathender Feigheit, theils aus machiavellistischer, auf die niedersten Instinkte der Menschen spekulirender Berechnung haben unsere Gegner sich die Revolution zu einem Schreckgespenst zurechtgestutzt, das selbst vielen derer, die den Bauwau selber anspucken halfen, jetzt Angst einflößt. Fürst Bismarck manipulirte von 1878 an bis zu seinem Sturz systematisch und methodisch mit dem „Rothen Schrecken“, und auch seine Nachfolger haben sich, seitdem sie entdeckt, daß die wässerigen Beiteluppen des „neuen Kurzes“ keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, den faulen und bequemen Praktiken der Politik des „Rothen Schreckens“ mehr und mehr zugewandt. Die „Revolution“, oder was heute der modischere Ausdruck ist, „der Umsturz“ ist allmählig für die bürgerliche Gesellschaft zu einer fixen Idee, zu einer gruseligen Wahnvorstellung geworden. Statt dem Schreckbild beherzt zu Leibe zu gehen, statt nach Mitteln zur Abwendung des Gefürchteten zu suchen, steht die gichtbrüchige, fieber- und angstzitternde Gesellschaft wie hypnotisirt da, starrt gelähmt, jedes vernünftigen Handelns unfähig, auf das Schreckbild, das Dummheit und Nichtswürdigkeit im Bunde geschaffen haben — und läßt rath- und hilflos die Katastrophe an sich herankommen, die, wenn wir Staatsmänner hätten, leicht zu vermeiden wäre.

Jetzt endlich hat sich ein weiser Nabe gefunden, der das Schreckbild des Umsturzes ins Auge gefaßt hat — wenigstens sagt er es uns —, und der den Muth

hatte, sich die Frage vorzulegen: Reform oder Revolution? Der weise Nabe heißt Herr von Massow und ist Geheimrath. Er hat ein Büchlehen geschrieben, das diese Frage zum Titel hat.

Der Wille des Herrn Verfassers mag gut gewesen sein, das Fleisch oder richtiger der Geist aber war schwach. Herr v. Massow hat keine Ahnung von den sozialen Dingen. Sein Blick geht nicht unter die Haut des Gesellschaftsorganismus. Er stellt sich selber von vornherein das vollendetste Armutzeugniß aus, indem er sagt: für die herrschende Unzufriedenheit fehlen „alle sichtbaren Gründe“. Auch „unsichtbare“ sind für ihn nicht vorhanden. „Wir sind politisch befriedigt“ — und doch „allesamt unzufrieden“. Herr von Massow macht nicht einmal den Versuch, diesen Widerspruch zu erklären.

Trotzdem „wir politisch befriedigt“ sind, herrscht heute überall Muthlosigkeit, Indolenz, Anspannen gegenüber den höheren Zielen. Wir sind erschlaft, auf unser (d. h. der herrschenden Klassen) gesammtes Geistes- und Gemüthsleben hat sich ein Mehlthau gelegt. — „Alles ist unzufrieden und rathlos“; und „Unzufriedenheit und Rathlosigkeit sind, wie die Geschichte aller Zeiten lehrt, sichere Vorboten der Revolution; sie sind die unfehlbaren Symptome einer Krankheit der Volksseele. Mit dieser Krankheit sind wir behaftet. Wir“ (d. h. immer die herrschenden Klassen R. d. V.) „wir sind krank, schwer krank.“ „Mit Einzelmitteln ist wenig zu helfen.“ Wir brauchen eine Generalkur. Doch „das ist leicht gesagt und schwer gethan. Denn ein Hauptgrund unserer Schäden ist die mangelnde Kenntniß der Verhältnisse“.

Man sollte nun denken, Herr von Massow hätte sich bemüht, zu dieser Kenntniß zu gelangen, und würde die Ergebnisse seines Studiums der rettungsbedürftigen Gesellschaft vorlegen. Doch weit gefehlt. Auch nicht das mindeste Eindringen in den Stoff. Nur allgemeine Phrasen. „Daß wir reformiren müssen“ — schreibt er S. 13 —

daß wir reformiren müssen, ist ein Gebot absoluter Nothwendigkeit, der Selbsterhaltung. Denn während wir in den oberen Schichten uns mit platonischer Unzufriedenheit begnügen und dem, was die Zukunft uns bringen soll, mit apathischem Unglauben an eine Besserung unserer Zustände entgegensehen, ist in den unteren Schichten eine Bewegung entstanden, welche entschlossen ist, diese Besserung selbst in die Hand zu nehmen und gegen unseren Willen mit Gewalt durchzuführen. Lassen wir die bestehenden Schäden fortwuchern wie

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Audoz.

Für den Augenblick Geduld. Bemühen Sie sich, jeden Verdacht einzuschläfern. In einigen Tagen wird an Preußen der Krieg erklärt sein. Bei der ersten günstigen Gelegenheit werde ich Sie von diesem Jacques befreien, der ohnehin schon in unsere Listen der Verbannung eingeschrieben ist. Dann haben Sie freies Feld.

Tausend Dank, theurer Freund,“ versetzte Lucien, die Hand des Polizeimannes drückend, „rechnen Sie auf meine Dankbarkeit und Verschwiegenheit, wie ich auf Ihre Ergebenheit vertraue.“

Ich habe alle diese und die späteren Einzelheiten von meiner treuen Louise, die, wenn der Baron nach seiner Gewohnheit seiner Mutter über alle seine Bemühungen Bericht erstattete, Gelegenheit fand, sich Alles zu merken, um mir die Vorgänge mitzutheilen und mich zu warnen.

Als Lucien die Polizeipräfektur verließ, begab er sich eilenden Schrittes nach dem Hotel, wo Sylvia wohnte, und dieselbe wohl in trauriger, jedoch ruhiger Stimmung allein antraf.

Verzeihen Sie, theure Cousine,“ begann er mit einschmeichelnder Stimme, „daß ich Ihre Zurückgezogenheit fürre. Aber meine Mutter, welche etwas leidend ist, sendet mich, um mich nach Ihren Wünschen zu erkundigen, welche für mich Befehle sein würden.“

In diesem Augenblick habe ich nur einen Wunsch: die Einsamkeit.“

Ich muß Sie jedoch bitten, mir zu erlauben, Sie auf eine Befahr aufmerksam zu machen, von der Sie in Ihrer heiligen Unschuld keine Ahnung haben. Eine so bevölkerte

Stadt wie Paris birgt viele verwegene und verdorbene Menschen. Es giebt keine Art von Nachstellung, welche Sie nicht anwenden, um junge Mädchen, welche ihre Hinterlist nicht kennen und voll Vertrauen in sich selber, fern von dem Schutze ihrer Familie leben, in ihre Falle zu locken. Selbst Sie, so kaltblütig wie Sie sind, und so ausschließlich auch noch der Gram um den erlittenen, unersehlichen Verlust Sie beherrscht, würden wenigstens den Verleumdungen und schlechten Nachreden nicht entgegen. Denken Sie an Ihren guten Ruf und den hoch geachteten Namen Ihres Vaters. Wären Sie auch nicht zu sehr auf den Schutz der Gesehe, nur zu häufig ist die Polizei die Helfershelferin der Angriffe, welche gegen die Ehre junger Mädchen gerichtet werden. Unter allen Umständen müssen Sie in beständiger Furcht und unter dem unbequemen Druck Ihrer isolirten Stellung leben. Folgen Sie dem Rath, den auch Ihr Vater Ihnen geben würde und kommen Sie zu meiner Mutter, dort finden Sie Ihre natürlichen Verteidiger und wirklichen Trost.“

Jacques' Freundschaft genügt mir und er besucht mich alle Tage.“

Gerade diese Besuche,“ erwiderte der Jesuit mit heuchlerischem Lächeln, „werfen im Gegentheil ein falsches Licht auf Sie. Glauben Sie mir, die Welt macht ihre eigenen Ansprüche und erlaubt nicht, daß ein junges Mädchen Besuche von einem jungen Manne empfängt, wäre er auch Ihr Cousin.“

Ah, was kümmert mich die Welt.“

Hier trat ein Augenblick des Stillschweigens ein. „Mit seinen Berweisen zu Ende,“ erzählte Sylvia mir hernach, „zögerte er augenscheinlich und es kostete ihm vielleicht den letzten Rest von Scham zu überwinden, ehe er es über sich gewann, Deinen Namen mit in die Unterhaltung zu ziehen, um meinen Widerstand zu bestigen.“

Ich bin überzeugt,“ fuhr er fort, „daß Jacques Ihnen keinen anderen Rath erteilt, als ich. Es muß ihm

selber angenehmer sein, Sie bei uns in unserem Hause zu wissen, als daß er denken müßte, Ihr guter Ruf könnte leiden.“

Sylvia schüttelte zweifelnd den Kopf, dann, wie um einen Budringlichen los zu werden, dem man ein kleines Almosen verabreicht, erwiderte sie:

Ich will ihnen sagen, mein Herr, ich folge mich in Alles, was Jacques mir rathe wird zu thun.“

Bei diesen Worten, die meinen Bruder etwas aus der Fassung brachten, sah er sich genöthigt, sich zu verabschieden, so gut als möglich seinen Verdruß verbergend, nichts durch sich allein erreicht zu haben, sondern jetzt sogar auf meine Hilfe angewiesen zu sein.“

In der That begab er sich in meine Wohnung mich aufzusuchen und von dort in das Bureau des Journals „La Revolution“, an welchem ich thätig war, doch auch hier traf er mich nicht mehr, da ich bereits zu meiner Braut geeilt war.

Denke Dir,“ sprach sie mich zärtlich umarmend, „Dein Bruder nimmt es wirklich ernst mit seinem diplomatischen Talent. Er war bei mir mit einem sehr delikaten Auftrage.“

Ach! Hat er etwa um Deine Hand angehalten?“ fragte ich lachend.

Das noch nicht, aber er hat mich im Namen Deiner Mutter und meines guten Rufes gebeten nach der Rue de Turanne überzusiedeln.“

Du, so rein und steckenlos, in ein solches Jesuitennest? Niemals! Und was hast Du geantwortet?“

Ich würde das thun, wozu Du mir rathest.“

Ich bin gerührt und danke Dir für Dein Vertrauen, theure Sylvia; die Antwort muß ihn sehr beschämt haben. Und wie nahm er sie auf?“

Wie gewöhnlich mit Verstellung. Er schmeichelte sich, Deine Einwilligung zu erlangen, und ging Dich aufzusuchen. Sonderbar, daß er Dich nicht gesehen, vielleicht hat er doch nicht gewagt“ . . .

bisher, so ist uns die Revolution sicher und zwar die schrecklichste aller Revolutionen, die soziale, unter Verhältnissen, wie sie keine Periode der Vergangenheit gekannt hat. Wicht der Bürgerkrieg aus unter einem Volke, wie das deutsche, welches in allen seinen Schichten das Waffenhandwerk durch die allgemeine Wehrpflicht berufsmäßig erlernt hat, so heißt das, zumal wenn er, wie in unserer Zeit, mit den modernen Fortschrittmitteln geführt wird, ein Kampf der Vernichtung bis auf Ahrhede.

Auch hier heißt es den Blick richten in die weitere Zukunft. Heute sind wir noch nicht reif für die Revolution, aber mit jedem Jahre der Verzögerung notwendiger Reformen reifen wir ihr immer mehr entgegen. Die Sozialdemokratie unserer Tage ist noch im Banne der ihr anverwandten Bestimmungen. Was sie theoretisch alles und jedes leugnet, was mit der derzeitigen Ordnung im Zusammenhange steht, die Prinzipien dieser Ordnung sind ihren Anhängern eingepfropft durch Kirche, Schule und Haus, ihre Väter und Mütter glaubten noch an Gott und Vaterland, hatten Ehrfurcht vor Altar und Thron, achteten das Eigentum u. s. w. Von Jahr zu Jahr aber, in immer stärkeren Schaaeren, tritt in die Reihen der Genossen eine Generation ein, die von Kindesbeinen an großgezogen ist in dem Haß alles Bestehenden, mit der Tendenz, es umzuwerfen und die goldene Zeit, die ihr gepredigt ist, aus der Theorie in die Wirklichkeit zu überführen, koste es was es wolle — eine Generation, welche vor der Gewalt nicht nur nicht zurückscheut, sondern sie vom Knabenalter an auf ihr Banner geschrieben hat, die im Fürsten, Geistlichen, Edelmann, Offizier, Beamten, Kapitalisten, ja in jedem Bestehenden den Erbfeind sieht. Mit dieser Generation haben wir zu rechnen, der Kampf mit ihr kann uns nicht erspart bleiben. Es fragt sich nur: Soll dieser Kampf auf geistigem Gebiet mit geistigen Waffen oder mit dem Bajonett ausgetragen werden?

Also es wäre noch Zeit. Wie aber die Galgenfrist ausnützen, ehe die Sibylle all ihre Blücher verbrannt hat? Herr von Massow weiß es nicht. Er zeigt uns, daß die Partei des Umsturzes sehr wohl eine siegreiche Revolution machen könnte. Und wie er das ausführt, ist so interessant, daß wir die betreffende Stelle gelegentlich zum Abdruck bringen werden.

Doch wie beantwortet der Verfasser die Frage, welche er gestellt: Reform oder Revolution?

Er gesteht ein, daß der geistige Kampf, den das gebildete (?) Deutschland, die Wissenschaft (?), die Literatur, die Presse gegen die sozialdemokratische Lehre geführt haben, so gänzlich resultatlos gewesen ist, daß man gar nicht daran denken kann, er werde in Zukunft auch nur die kleinsten Siege auf dem bisherigen Wege verzeichnen.

Das genügt uns. Und die Antwort? Herr v. Massow hat keine. Und da gilt das Wort: Keine Antwort ist auch eine Antwort.

Herr von Massow aber in seiner naiven Beschränktheit hat das Geheimnis der bürgerlichen Gesellschaft ausgeplündert: sie weiß keinen Rath. In ihrer stumpfsinnigen Angst und blöden Gedankenlosigkeit hat sie keine Antwort auf die moderne Schicksalsfrage: Reform oder Revolution? Sie ist am Ende ihres Lateins, und unfähig die Verhältnisse geistig zu erfassen und zu beherrschen und die Entwidlung der Dinge mit fester Hand in die Bahn friedlicher Reform zu bringen, treibt sie rath- und hilflos der Revolution zu, und kann, durch tolles Gezappel und Umschlagen, worin einige Staatsmänner: Spangengehirne das Heil erblicken, die Katastrophe nur beschleunigen — was jeder Schwimmermeister uns bestätigen wird.

„O, er ist zu jeder niedrigen Handlung fähig.“
„Lasse Dir unsere erbauende Unterredung genau erzählen. Ist es wahr,“ frug sie, als sie schloß, „daß ein einzelnes junges Mädchen in Paris solchen außerordentlichen Gefahren ausgesetzt ist?“

Es ist etwas Wahres daran. Die herrschenden Klassen, welche unser Volk seinem Ruin entgegen führen, sind derart sittlich verdorben. Das geringste Unglück, welches Dir zustoßen könnte, wäre irgend eine schmutzige Verleumdung oder ein Angriff eines sogenannten Sittenpolizisten, welche die Korruption, von welcher sie leben, sorgsam aufrecht erhalten. Es giebt ebenso viel Vogelsteller als Schnepfen in Frankreich. Ohne erstere wäre diese Frucht längst ausgestorben, wie in England.“

Aber, Jacques, kann Dein Schatz mir nicht genügen, wie mir Deine Liebe genügt? Wenn ich allein solchen Gefahren ausgesetzt bin, warum wohne ich nicht bei Dir.“

„Mein liebes Leben, ich wagte nicht, es Dir zu sagen; doch wenn Du einwilligst, so werden wir uns nie mehr trennen. Wir werden eine ganze Welt für uns allein sein, eine süße Einsamkeit, die Deine Liebe und Schönheit mir mit leuchtendem Strahl erfüllen und die uns alles Ungemach vergessen lassen wird.“

„Ich liebe Dich, Jacques,“ schluchzte Sylvia, unter Thränen mich umarmend. „Du bist der goldene Traum meines Lebens. Seit unserer Kindheit sind wir nur ein gemeinsamer Gedanke. Wir wollen Eins sein hinfort, und wohin auch des Lebens Sturm Dich treibt, ich folge Dir!“

„Verlassen wir dieses Haus! Jetzt fürchte ich nichts mehr auf der Welt; möge man kommen und versuchen, Dich meinen Armen zu entreißen!“

Et was, was man nicht voraus sah.
Die überraschende Nachricht, daß Sylvia verschwunden, schlug wie ein Blitz in das Meylan'sche Haus.

Zum ersten Male war der Baron roth vor Zorn, als er das fruchtlose Ergebnis seiner Schritte und Bemühungen erzählte.

„Ich ging zu Jacques,“ theilte er mit, „man sagte mir, er sei fortgezogen. Im Hotel, wo Sylvia wohnte, erwiderte man mir gleichfalls, daß sie fort sei, ohne daß man anzugeben wußte, wohin. Und es war mir bis jetzt unmöglich, ihre Spur aufzufinden. Es unterliegt keinem Zweifel, wir haben es hier mit einer Entführung zu thun. Es bleibt uns nichts übrig, als die Sache beim Staatsanwalt anhängig zu machen und einen Familienrath zu halten, um einen Vormund zu wählen.“

Er suchte im Gesetzbuche den Paragraphen, welcher von der Entführung minderjähriger Mädchen handelt, dann führte er fort. Es war ihm unbegreiflich in seiner Beschränktheit, daß er bei seinem edlen Vorhaben auf so viele

Parteigenossen!

Nachstehend veröffentlichen wir entsprechend den Bestimmungen des § 8 unseres Organisationsstatuts die bis zum heutigen Tage eingegangenen Anträge zum Parteitag.

Wir heben dabei hervor, daß nachstehend nur diejenigen Anträge Aufnahme gefunden haben, welche, entsprechend unserer wiederholten Aufforderung, direkt an die Adresse des Parteivorstandes eingekandt wurden. Anträge, welche nur in der Parteipresse veröffentlicht, aber nicht an das Parteibureau eingekandt worden sind, konnten in der nachstehenden Veröffentlichung nicht in Berücksichtigung gezogen werden. Wollen die Genossen, daß diese Anträge in die dem Parteitage zugehende gedruckte Vorlage Aufnahme finden, so müssen dieselben umgehend an die Adresse

J. Auer, Berlin SW.,
Kagbachstr. 9

eingekandt werden.

Diese verspätet eingegangenen Anträge sollen dann in der Vorlage besonders ausgezeichnet werden und können dieselben eventuell nach Erledigung der notwendigen Geschäftsordnungsformalitäten bei den zutreffenden Punkten der Tagesordnung mit zur Behandlung gestellt werden.

Berlin, 10. Oktober 1894.

Der Parteivorstand.

Zur Tagesordnung.

Zu Punkt 5: Agrarfrage und Sozialdemokratie:
Die Parteigenossen des 1. hessischen Wahlkreises, Gießen-Grünberg-Ridda. Zur Landtagitation: Es ist eine Kommission einzusetzen, die das Material über die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den einzelnen Theilen Deutschlands, sowie über die Wirkungen der verschiedenen Arten der Grundbesitzverteilung und Betriebsrechnung zu sammeln und zu prüfen hat.

Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Vorschläge zur Aufstellung eines agrarpolitischen Programms sowie zur zweckmäßigen Betreibung der Landtagitation zu machen.

Die Kommission hält ihre Sitzungen nach Bedarf; wenn nöthig, in verschiedenen Theilen Deutschlands. Sie kann Unterkommissionen nach sachlichen oder örtlichen Gesichtspunkten ernennen und diesen besondere Berichte überbringen. Sie ist berechtigt, auch außerhalb der Partei stehende Sachleute gutachtlich zu hören.

Parteigenossen von Frankfurt a. M.:

Zur Landtagitation: Der Parteitag möge beschließen:
1. Die Veranstaltung einer Erhebung über die Lage der Kleinbäuerlichen und Landarbeiter-Bevölkerung in Deutschland ist Sache des Reichs und der Einzelstaaten. Die Faktion hat beim Reichstag zu beantragen, daß die Befugnisse der Reichskommission für Arbeiterstatistik in diesem Sinne erweitert werden.

2. Gegen den vom Deutschen Landwirtschaftsrath im März dieses Jahres dem Bundesrath überreichten Gesetzentwurf, die Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse betreffend, ist der schärfste Protest im Namen der deutschen Landarbeiter einzulegen. Dieser Gesetzentwurf bedeutet einen ungeheuerlichen Versuch der Vergewaltigung deutscher Landarbeiter im Interesse der Großgrundbesitzer und ist mit allen Kräften zu bekämpfen. Dagegen sind zu verlangen:

- a) Abschaffung der Gestade-Ordnungen;
- b) freies Koalitionsrecht;
- c) ländliche Schiedsgerichte, die auch für die Streitigkeiten der Kleinbäuerlichen Bevölkerung untereinander und mit dem größeren Grundbesitz zuständig sind, nach Analogie der Gewerbegerichte.

3. Der Vorstand wird beauftragt, ein Spezialprogramm für die ländliche Agitation nach der Art desjenigen auszuarbeiten, welches die französischen Genossen auf ihrem letzten Pariser Kongress festgelegt haben; außerdem soll er die Herausgabe billiger Kalender für die Landbevölkerung in größerem Maßstabe unterstützen.

Hindernisse stieß. Aber das Schicksal behandelt uns oft mit sonderbarer Ironie! Wir haben so wenig wirklich freien Willen in dieser Welt, daß wir häufig nicht einmal im Stande sind, alles Schlechte auszuführen, welches wir zu thun uns vorgenommen haben. Lucien war, wenn er auch den Titel unseres Großvaters gerührt hatte, doch in der That nur ein kleiner Baron; der kaiserliche Prokurator nahm denn auch sein Anliegen ziemlich gleichgiltig auf und fing bald von den politischen Neuigkeiten an zu reden, welche gerade damals im Gehirne der Bonapartisten eine Drehkrankheit erzeugt hatte.

„Ich erathe wohl, um was es sich handelt,“ antwortete das würdige Mitglied der ehemaligen gemischten Kommissionen, man hat Ihnen in der Liebe einen Verrath gespielt. Man muß sich auf alles gefaßt machen, wenn man den großen Verrath des Herrn Thiers erlebt hat. Wer hätte je eine solche Undankbarkeit erwartet, von einem Manne, dem wir alles bewilligt haben! Sein Benjamin, Preost Parabol, hat eine schöne Gesandtschaft erhalten; seine Freunde Buffet, Daru und andere sind im Ministerium. Er ist unerfättlich! Seit vier Jahren hört er nicht auf, Gemüthung für Sadowa zu verlangen. Er hegt auf uns die Demokraten durch seinen Agenten Ferry und die Klerikalen durch Keller und Konsorten. Einem Deputirten, welcher sagte, daß Niemand weder das Recht noch die Macht habe, die Italiener oder Deutschen zu verhindern, sich in ihrem Lande eine Regierung einzurichten, wie es ihnen beliebt, erwiderte Thiers vor der ganzen Deputirtenkammer: „Es giebt keine unmögliche Aufgabe für eine französische Armee!“ Und jetzt, da wir ihm den Willen thun, um seine chauvinistischen Aufreizungen zum Schweigen zu bringen und um den Orleanisten den täuschenden Schein zu rauben, welchen er ihnen in den Augen der Klerikalen zu geben bemüht ist, jetzt verläßt er uns. Er ist wüthend, daß wir ihm seine Rolle als großer Agitator spielend unter den Händen fortnehmen. Durch einen lächerlichen Schlag retten wir die Dynastie und verhindern die Alliance der Orleanisten und Ultramontanen, und jetzt erklärt er frei von der Tribüne: „Wir sind nicht bereit zum Kriege.“ — Aber waren wir es denn mehr im Jahre 1868, als er den Krieg verlangte? Dieser unheilvolle Mensch ist ein Ansbund von Unlogik, da er keinen anderen Grundsatz hat, als seine Eitelkeit, verändert er seine Ansicht jeden Augenblick.

7. „Commissions mixtes“, von Napoleon III. nach dem Staatsstreich aus schmutzig servilen Beamten gebildet und zu außerordentlichen Gerichtshöfen ernannt, welche die politisch Angelegten ohne Recht und Gesetz zur Deportation nach Cayenne verurtheilten. Noch jetzt sitzen in den höchsten Gerichtshöfen Frankreichs einige von diesen Schufsten.

Programm.

Parteigenossen in Düsseldorf: „Dem Parteitag wird anheimgegeben, sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion deutlicher auszusprechen und den hierauf bezüglichen Paffus im Programm so zu ändern, daß einer irrthümlichen Auslegung ein für allemal der Boden entzogen wird.“

Parteigenossen in Wachen: Der § 6 des Parteiprogramms (Erklärung der Religion zur Privatsache) soll eine präzisere Fassung erhalten.

Parteigenosse Rege, Berlin, 4. Wahlkreis: Der Paffus 6 des Erfurter Programms, „Erklärung der Religion zur Privatsache“ soll lauten: Die Sozialdemokratie bekämpft aufs entschiedenste die Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften, sowie die Religion selbst, wo ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen.

Parteigenossen in Lahr i. B.: Dem Satze „Erklärung der Religion zur Privatsache“ ist anzufügen: Die Sozialdemokratie bekämpft die Religion bezw. ihre Vertreter nur dann, wenn sich dieselben den Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klasse gegenüber stellen (oder ihren Beruf dazu ausnützen, um Haß und Zwietracht in die Bevölkerung zu säen).

Parteigenossen in Solingen: Die heutige vom sozialdemokratischen Volksverein für Solingen einberufene öffentliche Versammlung richtet an den Parteitag zu Frankfurt a. M. den Antrag, Punkt 6 des Parteiprogramms wird gestrichen, da derselbe geeignet ist, unter den Parteigenossen Mißhelligkeiten hervorzurufen.

Parteigenossen in Ohligs: Ziffer 6 des Parteiprogramms zu streichen.

Kreisversammlung für den Wahlkreis Friedberg-Büdingen: 1. Das Parteiprogramm ist durch ein landwirtschaftliches Programm zu ergänzen, welches die seitens der Partei im besonderen Interesse der Landarbeiter und Kleinbauern zu erhebenden Forderungen zusammenfaßt. — 2. Zur Vorbereitung dieses Ergänzungsprogramms wählt der Parteitag eine Kommission von mindestens 12 Mitgliedern aus den verschiedenen Theilen Deutschlands, welche den betreffenden Entwurf dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen hat. — 3. Diese Kommission tritt sofort nach ihrer Wahl zusammen zur Aufstellung einer Geschäftsordnung und eines Arbeitsplanes, den sie noch dem diesjährigen Parteitag zur Genehmigung vorzulegen hat.

Parteigenossen in München: Den Satz: „Erklärung der Religion zur Privatsache“, aus dem deutschen sozialdemokratischen Programm zu streichen und durch den im bayerischen Landtags-Wahlprogramm befindlichen Satz: „Trennung von Staat und Kirche“, zu ersetzen.“

Organisation.

Parteitag.

Parteigenossen des Kreises Niederbarnim, Berlin I und III den alljährlichen Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr zu verlegen oder in der Pfingstwoche abzuhalten.

Parteigenossen in Neustadt i. O.: Den nächsten Parteitag in Breslau abzuhalten.

Parteigenossen des Teltow-Weeslower Wahlkreises: Diejenigen Reichstags-Abgeordneten, welche nicht als Delegirte gewählt sind, haben die Kosten ihrer Anwesenheit auf dem Parteitag selbst zu tragen, nicht die Parteikasse.

Parteigenossen in Wermien: Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes solle für die Folge 6 Wochen vor Zusammentritt des Parteitages veröffentlicht werden, um den Genossen Gelegenheit zu geben, sich über denselben auszusprechen resp. Anträge dazu zu stellen.

Parteibeamte.

Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises:

a) Der Parteitag hat eine Kommission von 11 Mitgliedern einzusetzen, welche die Gehälter der Parteibeamten und Redakteure einer Revision unterliegt; jedoch dürfen dieselben weder Parteibeamte noch Redakteure angehören.

b) Der Parteitag setzt das Maximalgehalt der Parteibeamten und Redakteure auf 3000 M. jährlich fest; für diejenigen Beamten u. s. w., die im Parteinteresse eine größere Wohnung halten müssen, sind selbverständlich Zuschläge zu gewähren.

Die Einkünfte der Genossen aus der Parteiliteratur bleiben außer Betracht.

c) Fest angestellte Beamte der Partei dürfen keine Reichstags-Diäten beziehen.

Parteigenossen des Teltow-Weeslower Wahlkreises: Das Gehalt des Geschäftsführers der Partei-Buchhandlung des „Vorwärts“ ist auf 3000 M. festzusetzen.

Genossen des IV. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag beschließt, daß an Reichstags-Abgeordnete, die als Beamte der Partei fungiren und ein Gehalt von 4000 M. und darüber beziehen, keine Extradiäten zu zahlen sind.

Parteigenosse Ludwig Marx, Essen. Der Parteitag möge beschließen: An solchen Orten, wo die Parteipresse direktes Parteieigenthum ist, haben die Genossen das Recht, die Redakteure selbständig zu wählen. Jedoch ist die Parteileitung berechtigt, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

Parteigenossen des Teltow-Weeslower Wahlkreises: Den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte soll der „Vorwärts“ gratis überwiesen werden.

Parteigenossen in Duisburg: Den Vertrauenspersonen ist auf ihr Gesuch hin der „Vorwärts“ gratis, auf Parteikosten, zu liefern.

Parteigeschäfte.

Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Der Parteitag wolle beschließen, da die Reaktion immer lächerlicher austritt und die Entstehung eines neuen Ausnahmegesetzes mehr als je wahrscheinlich ist, hat die Reorganisation von sogenannten Parteigeschäften (Buchdruckereien, Buchhandlungen u. s. w.) zu unterbleiben.

Parteigenossen des Kreises Niederbarnim: Der Parteitag wolle eine fünfer-Kommission einsetzen und dieselbe beauftragen, Erhebungen darüber anzustellen, ob und wie die Uebertragung der Druckarbeiten des „Vorwärts“ und der anderen bei Wading gedruckten Parteiliteratur in Regie der Partei sich empfiehlt, dem nächsten Parteitag hat die Kommission dann Bericht zu erstatten.

Allgemeines.

Parteigenossen in Wachen: Die Provinzial-Parteitage finden in Zukunft vor dem allgemeinen Parteitage statt.

Parteigenossen in Gana: Alle Parteigeber sind möglichst der am Ort ernannten Vertrauensperson zu überweisen.

Die Genossen des 76. Bezirks des 2. Hamburger Wahlkreises beantragen: Der Parteitag wolle beschließen, der § 4 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Das Wort alljährlich ist zu streichen, statt dessen heißt es fortan: auf ein Jahr. Ferner vor dem Absatz 1 einen neuen Absatz einzufügen, welcher folgendermaßen lautet: Wiederwahl ist nur zulässig nach einem Zeitraum von 2 Jahren.

Parteigenossen in Delitzsch: Dem § 9 Abs. 1 des Organisations-Statuts folgende Fassung zu geben: Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als eine Person vertreten sein darf. Abs. 2 und 3 wie bisher. Abs. 4: Der Parteitag setzt die Diäten für die Teilnehmer fest und sind erstere aus der Parteikasse auszugeben. Jedoch ist jeder Wahlkreis verpflichtet, nach Maßgabe der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen zur Deckung der durch den Parteitag erwachsenden Kosten beizutragen.

Parteigenossen in Heiligenhafen: Beantragen hinter § 9, Abs. 1 des Organisationsplans zu setzen:

In Zukunft ist darauf zu achten, daß jeder Wahlkreis durch

einen Delegierten vertreten wird, der in demselben seinen Wohnsitz hat.

Parteiengenossen in Mainz: § 9, Abs. 5: Die Delegierten für die hiesigen Wahlkreise sind in öffentlichen Parteiversammlungen zu wählen. Bestimmt eine Wahlkreis-Konferenz die Delegierten zum Parteitag, so sind die Delegierten zu dieser Wahlkreis-Konferenz in öffentlichen Parteiversammlungen zu wählen.

Parteiengenossen in Völklingen: Zur Förderung der Agitation auf dem Lande und kleineren Städten, wo keine Lokale zur Abhaltung von Versammlungen zu bekommen sind, Zettel auf Kosten der Parteikasse (versuchsweise vorläufig einige) anzufertigen zu lassen und den Genossen der betreffenden Gegenden gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

Parteiengenossen in Barmen und Düsseldorf: Frauen-Agitationskommission in Stuttgart: Der Parteitag möge den Passus beschließen, wonach auch in öffentlichen Frauen-Versammlungen Delegierten gewählt werden können.

Der Parteivorstand in Berlin: In § 18 a III zweite Zeile statt $\frac{2}{3}$ zu setzen „25“.

Presse.

Zentral-Organ.

Parteiengenossen des 1. Berliner und des Teltow-Beeskower Reichstags-Wahlkreises: „Der Parteitag möge beschließen, das Abonnement des „Vorwärts“ auf 1 M. zu ermäßigen.“

Parteiengenosse G. L. in Inowrazlaw: Das Programm der sozialdemokratischen Partei soll täglich an der Spitze des „Vorwärts“ veröffentlicht werden.

Parteiengenosse Scheidemann in Marburg: Der Parteitag möge beschließen, daß unser Wochenblatt „Der Sozialdemokrat“ mit Rücksicht auf die bessere Möglichkeit des Sammelns und Nachschlagens vom 1. Januar 1895 ab in handlicherem Format (z. B. wie die „Neue Zeit“ oder auch in Quart, gespalten) erscheine.

Parteiengenossen in Essen: Dem „Sozialdemokrat“ einen mehr populären, zur besseren Agitation geeigneten Charakter zu geben.

Unterhaltungsliteratur.

Parteiengenossen in Rudolfsadt: Die Parteileitung hat für die Herausgabe einer Zeitschrift Sorge zu tragen. Dieselbe soll ungefähr in Form der „Neuen Welt“ gegen einen geringen Extrabeitrag als wöchentliche Beilage der Parteiblätter erscheinen, jedoch auch als selbständiges Blatt gehalten werden können. Der Preis ist so billig als möglich zu stellen. Der Inhalt soll zur Hälfte aus populären naturwissenschaftlichen Aufsätzen und zur anderen Hälfte aus leichtverständlichen Abhandlungen über praktische Lehr- und Erziehungsweisen bestehen. Ueberhaupt soll sie dazu dienen, wirkliche Volksbildung unter der arbeitenden Bevölkerung fördern und ausbreiten zu helfen.

Korrespondenz-Bureau.

Parteiengenossen in Bremen: Der Parteitag möge erwägen, ob es nicht möglich sei, ein Depeschens-Bureau durch die Partei einzurichten zu lassen, welches alle wichtigeren Nachrichten, insbesondere solche, welche die Ereignisse innerhalb der Arbeiterbewegung betreffen, den gesammelten Parteiblättern entweder gratis oder doch für einen möglichst niedrig gehaltenen Betrag übermittelt.

Kalender.

Parteiengenossen in Gießen: Einen Kalender herauszugeben für die Landbevölkerung zum Preise von 30 Pf.

Parteiengenossen in Hanau: Eine billige Ausgabe eines Kalenders zum Preise von 10 Pf. mit Rücksicht auf die Landbevölkerung herauszugeben.

Dem Parteivorstand, Berlin: Der Parteitag möge beschließen: Der Preis des „Neue Welt-Kalender“ beträgt 40 Pf.

Flugblätter.

Parteiengenossen des Wahlkreises Glogau: In Kürze ein Flugblatt herauszugeben, das in gemeinverständlicher Sprache die Begriffe Militarismus und Volkswehr erklärt, zahlenmäßig die Kosten des stehenden Heeres und die Schäden desselben an der Wohlfahrt des Volkes, sowie die Vorzüge der Volkswehr veranschaulicht und endlich neben den scheinbaren Gründen, die die heutige Regierung gegen die Einführung der Volkswehr vorbringen, auch die wahren enthüllt, welche sie nicht offen auszusprechen wagen.

Protokoll.

Genossen in Eibersfeld: Der Parteivorstand wird beauftragt, die dem Vorstand oder der Reichstagsfraktion zur Erwägung oder Berücksichtigung überwiesenen Anträge nach Erledigung derselben nebst dem Resultat im nächsten Protokoll zu veröffentlichen.

Broschüren.

Parteiengenossen in Duisburg: Zu einem billigen Preise einen Ratgeber in solchen Rechtsstreitigkeiten, in welche die Arbeiter häufiger verwickelt werden (grober Unfug, Beleidigung u. s. w.) herauszugeben und gleichzeitig die wichtigsten, bisher vorliegenden Urtheile derartiger Fälle zu sammeln und mit zu veröffentlichen, um den Arbeitern die meistens sehr hohen Anwaltskosten zu sparen.

Allgemeines.

Parteiengenosse D. Historius in Braunschweig: Der Parteitag zu Frankfurt a. M. möge beschließen, daß künftig sämtliche im Dienste der Partei stehenden Presseorgane, die zur Zeit noch in Händen von Privateigentum sind, Partei-Eigentum werden.

Parteiengenossen in Strassburg i. G.: Dabin zu wirken, daß die elsass-lothringische Partei durch Vermittelung des Parteitages baldmöglichst ein eigenes elsass-lothringisches Partei-Organ erhält, gleichviel ob besagtes Parteiblatt in Elsass-Lothringen oder in Baden erscheint.

Parteiengenosse Emil Hauch in Jülich: Es möge zur Behandlung von Fragen der Erziehung (in physischer, intellektueller und moralischer Hinsicht) ein Organ geschaffen und, entweder wie die „Neue Welt“, dem „Vorwärts“ beigegeben oder aber durch niedrigen Abonnementpreis jedem Genossen zugänglich gemacht werden.

Ueber die Anlage dieses Organs, das in volkstümlicher Sprache gehalten sein müste, entscheidet eine Kommission pädagogisch gebildeter Genossen.

Die Redaktion wird einem mit der pädagogischen Wissenschaft und Praxis vertrauten Genossen übertragen.

Parteiengenosse S. Nachtigall in Eibersfeld: Dem Parteitag in Frankfurt a. M. diene zur Kenntnis, daß, trotzdem der Parteitag in Berlin die „Solinger Resolution“ angenommen hat, dennoch die „Schwäbische Tagwacht“ in Nr. 210 vom 9. September 1893 im Inseratenteil eine „Einladung“ an die Einwohnerlichkeit von Stuttgart, durch das „Stadtschultheißen-Amt“ über die Dauer der Anwesenheit Ihrer Majestäten u. „die Gebäude zu beslagern“ ergeben läßt.

Da dies eine Umgehung des Beschlusses ist, so bitte ich den Parteitag, dies entschieden zu verurtheilen.

Agitation:

Parteiengenossen des 1. Sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die sozialdemokratischen Reichs- und Landtags-Abgeordneten sind zu verpflichten, während der Parlamentsferien in den politisch noch zurückstehenden Wahlkreisen eine mindestens 14tägige Agitationstour zu unternehmen, für welche die Gesamtpartei resp. der Parteivorstand die Kosten übernimmt.

Parteiengenossen in Wiesbaden: Die Agitationstouren der einzelnen Redner sind in Zukunft auf engere Kreise zu be-

schranken, damit nicht bloß die größeren Städte, sondern besonders die Landorte, wo uns Sätze zur Verfügung stehen und Vortheile für uns zu erringen sind, mehr berücksichtigt werden können. Die Touren und Redner sollen vorher im „Vorwärts“ bekannt gemacht werden, und hat jeder Redner mit dem Vertrauensmanne des Bezirkes in Verbindung zu setzen. Letzterem müssen von den Genossen des Wahlkreises alle uns zur Verfügung stehenden Sätze bekannt gegeben werden.

Parteiengenossen in Freiburg i. B.: Der Parteivorstand möge in der Anordnung von Agitationstouren bestrebt sein, solche in den für Versammlungen geeigneteren Jahreszeiten stattfinden zu lassen. Ebenso spricht der Parteitag den Wunsch aus, die Generalkommission der Gewerkschaften möge in ihrer Agitation in gleicher Weise verfahren.

Parteiengenossen in Münster i. W. und Neustadt i. Schl.: Der Parteivorstand solle in Zukunft mehr wie bisher die Genossen in solchen Wahlkreisen, welche aus eigenen Mitteln zu schwach sind, unentgeltlich mit Broschüren, Schriften und Versammlungen unterstützen, um eine kräftigere Agitation entfalten zu können.

Parteiengenossen in Pahr: Eine thätigste und nachhaltige Agitation durch Flugblätter und Redner in Süddeutschland und speziell in Baden auf Kosten der Gesamtpartei zu entfalten. Um diese Thätigkeit wirksamer zu machen und zu ihrer Förderung sollen die Genossen in Baden, Bayern und Württemberg miteinander in Verbindung treten.

Parteiengenossen in Neuwied: In den Orten, in welchen die Partei bereits selbständige Organisationen hat, Land-Agitationskomitees einzurichten, welche sich mit den Genossen auf dem Lande in Verbindung setzen und ihnen unentgeltlich Material, als Flugblätter und gelesene Zeitungen liefern.

Parteiengenossen Paul Hoffmann in Hamburg und Heinrich Steiner in Bremerhaven: Die Vertreter der Partei, sowie die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise, sind zu beauftragen, für eine wirksame Agitation unter den Seeleuten Sorge zu tragen, sowie die Bestrebungen zur Organisation der Seeleute, und die Herbeiführung der Revision der Seemannsordnung durch den Reichstag thätig zu unterstützen.

Parteiengenosse H. Poludnit in Barmen: Der Frankfurter Kongreß der sozialdemokratischen Partei resp. die deutsche Sozialdemokratie überhaupt, möge zu der nunmehr chronischen und zunehmenden Arbeitslosigkeit Stellung nehmen.

Taktik.

Parteiengenossen zu Kaiserslautern: Alle Streitigkeiten unter den Parteiengenossen sowie Auseinandersetzungen, welche zu persönlichen Reibereien ausarten, sind aus der Parteipresse fortzulassen. Die Entscheidungen über allensässige Differenzen sind den allgemeinen Parteitag zu überlassen.

Parteiengenossen in Mannheim: Der Parteitag möge die Differenzen der badischen Parteiengenossen schlichten resp. untersuchen oder untersuchen lassen und Entscheidung treffen. Da die badischen Parteiengenossen auf der Offenbacher Parteikonferenz sich nicht einigen konnten, ist die Entscheidung des Parteitages im Interesse der badischen Partei dringend geboten.

Die Parteiengenossen Aug. Dresbach, R. Jenk, Max. Rapp und G. Pfeiffer aus Mannheim:

Der Parteitag möge beschließen:

1. Das Verhalten des Dr. Rüdert bei der Ordensfrage im badischen Landtag entspricht den Prinzipien und der Gepflogenheit der sozialdemokratischen Partei nicht und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus.

2. In gleicher Weise mißbilligt der Parteitag das Verhalten des „Offenburger Volksfreund“, weil er durch seine einseitige, durch die gegnerische Presse beeinflusste Stellungnahme dem Streit unter den badischen Parteiengenossen entfacht und eine persönliche Verbitterung in deren Reihen hineingetragen hat, die für die Agitation und weitere Verbreitung unserer Ideen entschieden schädigend wirken muß.

Parteiengenossen des 3. Berliner Wahlkreises: Dafür zu sorgen, daß der Parteitag den badischen Landtags-Abgeordneten Stegmüller aus der Partei ausschließen und ihn seines Landtagsmandats, soweit er dasselbe wenigstens als Sozialdemokrat auszuüben wünscht, verlustig erklären möge.

Die Parteiengenossen in Berlin 1, 3 und 4, Halle und Weimar: In Rücksicht darauf, daß die bayerischen Landtags-Abgeordneten für den Etat gestimmt haben, möge der Parteitag in einer Resolution die prinzipielle Stellung der Partei zu den Gesamttatens der Landtage festsetzen.

Parteiengenossen in Celle: Der Parteitag möge beschließen, bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien die Genossen nicht aufzufordern, für eine der in Frage kommenden Parteien zu stimmen.

Parteiengenossen in Burscheid: Es dürfen Gelder zur Errichtung von Denkmälern für verlorene Parteiengenossen nicht mehr gesammelt werden.

Parteiengenossen in Limmer bei Hannover: Gegenüber den volkstümlichen Bewegungen wie: Vegetarismus, Naturheilkunde, Antipognerie, Freireligion, Freidenkthum, Thierchutz und Antivivisektion u. s. w., sofern sie nicht politische Parteien bilden, sich nicht in abspredender oder gar böhmischer Weise zu äußern, weder mündlich noch schriftlich, um Blamage für sich und Abschreckung für solche Personen, welche uns und unseren Ideen sich nähern, zu verhüten.

Parteiengenossen in Braunschweig: Der Parteitag möge sich klar darüber aussprechen, ob sozialdemokratische Abgeordnete in Kommunal- oder Landesvertretungen bei etwa vorkommender Einführung von Kirchensteuern für oder gegen dieselben zu stimmen haben.

Parteiengenossen in Hanau: Der Parteitag möge beschließen: In allen gesetzgebenden Körperschaften, in welchen Parteiengenossen als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt sind, haben dieselben nur solchen Geldforderungen zuzustimmen, die zu Kulturaufgaben und gemeinnützigen Zwecken bestimmt sind. Bei Abstimmungen über Gesamt-Etats, in welchen Forderungen enthalten sind, welche der heutigen Gesellschaft die Mittel gewähren zu ihrer weiteren Existenz und zur Bekämpfung des um seine Befreiung ringenden Proletariats, haben die Parteiengenossen mit Nein zu stimmen.

Maisfeier.

Die Parteiengenossen des 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Der Parteivorstand möge alljährlich ein Flugblatt ausarbeiten, welches die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter näher darlegt.

Parteiengenossen in Weimar: Die Maisfeier 1893 in der gleichen Weise wie in diesem Jahre zu begehen.

Parteiengenossen in Frankfurt a. M., Offenburg i. B. und Barmen: Der Parteitag möge beschließen: Daß es das Parteiprinzip verlangt, daß in allen Geschäften, wo für die Partei Arbeiten hergestellt werden, der erste Mai als Feiertag erklärt und sämtlichen dortselbst beschäftigten Arbeitern die Bezahlung als Feiertag zugesichert wird.

Parlamentarisches.

Die Parteiengenossen in Friedberg i. O.: a) Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, einen Gesetzentwurf dahingehend einzubringen, daß die Unterstützung öffentlichen Mitteln nicht mehr den Verlust der staatsbürgerlichen Ehrenrechte zur Folge habe.

b) Angesichts der empfindlichen Verluste, welche die bauerliche Bevölkerung bei schlechter Witterung infolge des Mangels an ausreichenden Räumen zur gleichzeitigen Bergung der Getreide-Ernte oftmals erleidet, ist durch die gesetzgebenden Körperschaften darauf hinzuwirken, daß aus öffentlichen Mitteln für jede Ge-

meinde ausreichende Schuppen errichtet werden, in denen das Getreide rasch geborgen und zugleich gedroschen werden kann.

Parteiengenossen in Berlin 1, 2, 3, 4. Wahlkreis: Der Parteitag fordert die Reichstags-Fraktion auf, dem Reichstage eine Interpellation oder einen Initiativantrag zu unterbreiten, welcher die reichsgesetzliche Regelung des Fabrikinspektors zum Gegenstande hat. Die Fassung der Interpellation oder des Initiativantrages bleibt der Fraktion überlassen, ebenso wie die Fraktion selbst darüber entscheiden soll, ob damit gleichzeitig eine Erweiterung des Fabrikinspektors, sowie die Anstellung weiblicher Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu fordern ist.

Parteiengenossen in Berlin IV: Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, die Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgewerbe und -Geschäften auszudehnen.

Parteiengenossen in Verdau: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, den früheren sozialdemokratischen Arbeiter-Gesetzentwurf der Neuzeit entsprechend abgeändert, wieder im Reichstage einzubringen.

Parteiengenossen in Gießen: Die Fraktion wird beauftragt, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, betr. einheitliche Gestaltung der gesammten Arbeiterversicherung auf Grundlage der organisierten Ortskrankenkassen.

Parteiengenossen in Guben: Der Parteitag möge beschließen, die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, auch in diesem Winter die Regierung zu interpellieren, was sie der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit gegenüber zu thun gedenkt.

Parteiengenossen von Berlin 4: Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, im Reichstage eine alle Arbeiter Deutschlands umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beantragen.

Parteiengenossen in Ottensen: Der Parteitag möge die Fraktion beauftragen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden soll, periodische Aufnahmen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit zu veranlassen.

Parteiengenossen des 17. Sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag möge beschließen, die Fraktion im Reichstage beauftragen, in der nächsten event. nächstfolgenden Session des Reichstages immer auf Verbesserung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes antragen, insbesondere auf Herabsetzung der Altersgrenze.

Parteiengenossen in Duisburg: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf für Arbeitslosen-Versicherung und -Statistik auszuarbeiten und denselben baldmöglichst der Reichsregierung vorzulegen.

Parteiengenossen in Lüneburg: Der Parteitag möge die Fraktion veranlassen, im Reichstage einen Antrag zu stellen, durch welchen die Regierung veranlaßt wird, von 5 zu 5 Jahren eine Statistik der ländlichen Betriebe aufzunehmen, um unzweifelhafte Beweise zu erlangen, in welcher Weise auf dem Landgebiete die Konzentration des Kapitals sich vollzieht.

Parteiengenossen in Niederbarnim: Der Parteitag möge beschließen, der Reichstags-Fraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstagswählern, wie: Schiffen, Schmittern, Hühnern, Hausfrern, Pandelenteuten, Plegel-Arbeitern, Bau-Arbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. Dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzworschläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz betreffend die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie die Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerpenflichkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Koalitionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben.

§ 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch öffentliche Mahlen hervorgegangene Gerichte unentgeltlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu $\frac{2}{3}$ aus Arbeitern und zu $\frac{1}{3}$ aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres ordnungsmäßige Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgedachten Arbeiterkategorien. II. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verschulden zur Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Verurteilung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht u. oder Verurteilung zu Schadenersatzleistung können von jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber diese Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen sind, zu entscheiden. III. In die Gewerbe-Ordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Landesgesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schankgewerbe durch Verbote zu beschränken; zu einer bestimmten Zeit auszusperren oder öffentliche Lustbarkeiten zu dulden.

Parteiengenossen in Essen und Eibersfeld: Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei möge beschließen, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, den zweiten Teil unseres Programms in Form von geeigneten Gesetzentwürfen im Reichstage einzubringen.

Parteiengenossen in Barmen und Kaiserslautern: Der Parteitag möge beschließen: Die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

Parteiengenossen in Berlin I: Der Parteitag möge beschließen, die Fraktion aufzufordern, in der nächsten Session im Reichstage die ungerechten Zustände in der Auslegung der Gesetze in den einzelnen Bundesstaaten gegen unsere Parteiengenossen zur Sprache zu bringen.

Parteiengenossen des Saarreviere beantragen: Der Parteitag spricht der Reichstags-Fraktion sein Bestreben darüber aus, daß der auf dem Erfurter Parteitag angenommene Antrag, behufs Abschaffung des in Elsass-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphe, sowie der Vereins-, Press- und Versammlungsgesetze mit so wenig Nachdruck befolgt wurde und beschließt, daß die Fraktion die Abschaffung der genannten Gesetze mit aller Energie betreiben soll, mindestens soll die völlige Einführung der Gewerbe-Ordnung, des Elsass-Pressgesetzes und Abschaffung des Diktatur-Paragraphe durchzuführen versucht werden.

Der Parteitag möge beschließen: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion wird beauftragt, nach dem Wiederzusammentritt des Deutschen Reichstages die Reichsregierung zu interpellieren, ob sie mit dem Vorgehen der Behörden im Saarrevier gegen die auf Grund des Genossenschafts-Gesetzes errichteten sogenannten „Bergmanns-“ oder „Arbeiter-Kasinos“ einverstanden ist.

Parteiengenossen in Kaiserslautern: Unsere Abgeordneten haben zu beantragen: Für jede Fabrik, Werkstatt oder Arbeits-

stätte, in welcher in der Regel Arbeiter beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen. Für die einzelnen Abteilungen des Betriebes oder für die einzelnen Gruppen der Arbeiter „müssen“ besondere Arbeitsordnungen erlassen werden.

Parteiengenossen in Berlin 3: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts einzubringen:

Sämmtliche Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis des Gesindes zu seinem Arbeitgeber, d. h. die sog. Gesinde-Ordnungen, sind aufgehoben.

Parteiengenossen in Berlin 2: Der Parteitag möge die Fraktion ersuchen, auf ein gesetzliches Verbot der Gesindevermietungs-Komptoire und Einführung eines unentgeltlichen Dienstaufweises hinzuwirken.

Parteiengenossen in Lübeck und Schwerin: Daß die ländlichen Arbeiter unter die Gesinde-Ordnung gestellt werden; daß für die ländliche Bevölkerung Gewerbegerichte errichtet werden.

Resolutionen.

Parteiengenossen in Frankfurt a. M.: Die völlige Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit ist zur Aufklärung des Volkes unerlässlich. Die Bestrebungen, die schon jetzt so vielfach eingeschränkte Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit noch weiter einzuzengen, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Zu diesem Zwecke erscheint es erforderlich, überall mündlich wie schriftlich eine besondere Agitation zu entfalten, um die weitesten Kreise von der Nothwendigkeit völliger Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit zu überzeugen und gegen die jetzigen Beschränkungen dieser Freiheiten, wie auch ganz besonders gegen eine noch weitere Verkümmern derselben zu protestieren. Außerdem ist auch dagegen Verwahrung einzulegen, daß mit Hilfe der aus der Klassenwahl hervorgegangenen Landtage jene Anträge gegen den Willen der großen Masse des arbeitenden Volkes zum Gesetz erhoben werden. Es ist daher das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu allen Wahlen, also auch für die Landtage und Gemeindevertretungen zu verlangen, um eine solche Vergewaltigung unmöglich zu machen. Aus diesen Gründen beantragen wir: Auf die Tagesordnung zu setzen: Unsere Aufgabe gegenüber den volksfeindlichen Bestrebungen, eine noch weitere Schmälerung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit herbeizuführen näher zu präzisieren.

Parteiengenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises Karlsruhe-Bruchsal:

1. Der Parteitag möge dazu Stellung nehmen, wie sich die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesamt-Etat zu verhalten haben.

2. Der „Vorwärts“ möge dem aus dem Kölner Parteitag gefaßten Beschluß: „Die alljährlich beim „Vorwärts“ erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts zu verwenden, damit der „Vorwärts“ seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialistischen Provinzialpreisen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als dies bisher möglich war“, mehr wie bisher nachkommen.

3. Die Parteileitung möge für die Verbreitung und Verwirklichung unserer Ideen mehr Sorge tragen. Ebenso die besseren agitatorischen Redekräfte mehr auf diejenigen Ortschaften resp. Wahlkreise verwenden, wo noch schwache Organisationen sind.

Parteiengenosse Ed. Schröder, Berlin IV: In Erwägung, daß der Partei dadurch, daß sie dem Kapitalismus die ungehinderte Ausbeutung der Konsumtionskraft des Proletariats überläßt, anstatt letztere den Parteizwecken nutzbar zu machen, ungeheure Vortheile im Befreiungskampfe verloren gehen, beschließt der Parteitag, die Parteileitung wird beauftragt, eine Kommission von etwa 15 Mitgliedern zu ernennen, die dafür Sorge zu tragen hat, daß die Konsumtionskraft des Proletariats, soweit es möglich ist, den Zwecken der Partei dienlich gemacht wird. In diesem Behufe sind in den für uns zunächst geeigneten Produktionszweigen Betriebe zu organisieren, in welchen die Produktion durch Genossen stattzufinden hat, und Maßnahmen zu treffen, daß die verfertigten Gegenstände und diejenigen Konsumartikel, die von Genossen nicht hergestellt werden können, in der geeignetsten Weise ihren Absatz finden. Ueber die Verwendung des nach Ablauf bestimmter Zeiträume festzustellenden Gewinnes entscheidet obige Kommission; doch soll als Richtschnur dienen, daß ein Theil zu Erweiterungen von bereits bestehenden Betrieben resp. Neugründungen benutzt, während der Rest, der größere Theil, an die Parteifasse zwecks Agitation u. dergleichen wird. Die Anlagekapitalien müssen von Genossen aufgebracht werden und kann auf Wunsch eine spätere Zurückzahlung erfolgen.

Die Genossen in Eberfeld: Der Parteitag ersucht die Genossen und Genossinnen, überall da, wo es möglich ist, daß in die Agitationskomitees auch Genossinnen gewählt werden können, dafür zu sorgen, daß dies geschieht, da die Frau sich sehr wohl zur Agitation eignet, oder recht oft nicht die nötigen theoretischen und praktischen Kenntnisse aus sich selbst bezieht.

Parteiengenosse P. Olsmann, Kiel: Der Parteitag wolle prüfen, ob es zweckmäßig sei, an dazu geeigneten Orten oder mindestens an einem dazu geeigneten Orte eine Schule aus Parteimitteln zu errichten, worin der Lehrstoff, sowie der Unterricht selbst, ganz im sozialistischen Sinne gegeben, wo keine dogmatische, sondern eine rein wissenschaftliche Weltanschauung gelehrt wird.

Parteiengenossen Lehmann und Kollisch in Mitrowitz: Es ist eine Erfahrung, daß mit Ausnahme der reichen Leute jeder überzeugter Sozialist wird, sobald er die Wahrheit über unsere Grundfrage sowie über seine soziale und politische Lage erkennt. Es ist Thatsache, daß die Verbreitung dieser Wahrheit bei den Erwachsenden, besonders bei den weiblichen insolge politischer Theilnahmslosigkeit und Rechtslosigkeit, auf innerliche und gegenwärtig in steigendem Maße und äußerliche Hindernisse stößt.

Es ist Allen bekannt, daß die herrschende Klasse mit allen Mitteln die Ausbreitung unserer Prinzipien zu hindern sucht und neuerlich die Schulen benutzt, um der fernsichtigen Jugend unsere einfachen und leicht begreiflichen Lehren entzuziehen oder verhält wiederzugeben.

Aus diesen Gründen empfiehlt der Parteitag als Gegenmaßnahme und behufs Verbreitung unserer sozialpolitischen Wahrheiten unter der heranwachsenden Jugend, sowie zur Beförderung der sozialistischen Ueberzeugung der Massen allerorts eine

„Schulwacht“

zu organisieren, welche den Unterricht auf alle sozialistenfeindlichen Verdrängungen und Fälschungen zu prüfen hat, um lehrerlos in der weitesten Oeffentlichkeit die Wahrheit gegenüber zu stellen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Oktober.

Die sozialdemokratische Forderung eines Militzheeres an Stelle des stehenden Heeres ist so vernünftig und einleuchtend, daß es den Molochpriestern ganz Angst und Bange wird. Ein Militär-Schriftsteller Namens Sönig hat deshalb den Aufruf erhalten, eine Schrift zu schreiben, in welcher eine Militz für unmöglich erklärt wird. Ein Militzheer sei militärisch nicht einzurichten und koste zu viel. Wir werden dem „Militz-Schriftsteller“, der gleich den meisten Fachleuten Scheuklappen neben den Augen hat, gelegentlich des Eingehenden antworten. Heute begnügen wir uns damit, ihm zu sagen, daß das „unmögliche“ und unerschwingliche Militzsystem in der Schweiz nicht nur

durchgeführt ist, sondern auch, bei doppelter Wehrbarmachung des Volkes, nur zwei Drittel so viel kostet, wie unser Heeresystem, — also weit wirksamer und zugleich weit billiger ist. Es gehört wirklich eine große Unverschämtheit dazu, angesichts dieser welkündigen Thatsache von einer „Unmöglichkeit“ zu reden.

Mißverstanden. Die „Frankfurter Zeitung“ die sehr viel Zeit übrig haben muß, beschäftigt sich wieder einmal in einem langen Leitartikel mit dem Parteitag der bayrischen Sozialdemokratie. Sie schreibt:

Der Münchener Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie, in dem sich die bayerischen Landtags-Abgeordneten von den „Genossen“ befähigen ließen, daß ihr „opportunistisches“ Vorgehen ganz den Wünschen und Anschauungen ihrer Wähler entsprach, hat das zu erwartende Interesse gefunden und die Aufmerksamkeit auf die „Mausfangsprozesse“ innerhalb der Sozialdemokratie gelenkt. Die Strömungen haben sich nachgerade als stark genug erwiesen, um auch die Haltung des Parteivorstandes zu beeinflussen; wenigstens hat sich der „Vorwärts“ bereit, die Hoffnungen gewisser Leute, als würde es auf dem Frankfurter Parteitag zu einem Bruch innerhalb der Sozialdemokratie kommen, zu zerstören, indem er auch seinerseits gegen die „utopistische“ Sozialdemokratie Stellung nahm und dabei bestritt, daß das Auftreten Bollmar's und der Bayern irgendwie überraschend wäre.

Wenn die „Frankfurter Zeitung“ mit bezug auf uns meint, wir oder irgend mit uns in Verbindung stehende Persönlichkeiten hätten in der bezüglichen Nota eine Billigung der Taktik der bayerischen Kammerfraktion ausgesprochen wollen, so ist das ein durch unsere Notiz keineswegs gerechtfertigter Irrthum. Wir hatten und haben keine Veranlassung, uns über diesen Punkt auszusprechen und dem Parteitage vorzugreifen. Was wir wollten und was wir gethan haben, das war Verwahrung gegen die Insinuation einzulegen, als ob unsere Partei im allgemeinen und die Parteileitung im besonderen jemals utopistisch gewesen sei.

„Eine höchst bedauerliche Uebersetzung“ — das ist die Genur, welche das Organ der rheinisch-westfälischen Schienenlader und Bochumer dem unglücklichen Köhler für sein famoseres Diktatur-Kampfbuch ausstellt. Wirklicher Legationsrath und Professor, Ex-Chef des Bismarck'schen Präsbureau's, Gesellschaftsreiter von Beruf — und ein so schmählicher Fußtritt von seiten der Freunde! Und warum? Weil das grauköpfige Schreckenskind die Wahrheit gesagt und den geheimsten Gedanken des Frondeur-Chefs verrathen hat: Staatsstreich, Diktatur und zum Kampf für Religion, Ordnung und Sitte die Heilige Dreieinigkeit Infanterie, Kavallerie, Artillerie. Sagt er einmal die Wahrheit — und das muß ihm so schlecht bekommen! Der arme Köhler. Er bereitet sich und seinen Freunden sicherlich nicht mehr die Verlegenheit und den Schmerz, die Wahrheit zu sagen.

Deutsche Richter entwickeln mitunter einen merkwürdigen Scharfsinn, wenn es gilt, das Viechen „Pressefreiheit“, das wir noch besitzen, vollends wegzunehmen. Ein würdiges Seitenstück zu der strafgeschlichen Verantwortlichkeit aller bei Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift beteiligten Personen, und zu dem berühmten „ambulanten Gerichtsstand“, hat das Schöffengericht in Barel (Hdenburg) dieser Tage geliefert. Es hat in einem Preßprozeß — natürlich gegen ein Oppositionsblatt — den Satz aufgestellt,

daß für den jeweiligen Redakteur eines Blattes die Vorstrafen seines Vorgängers in der Redaktion als strafverschärfend in Betracht zu ziehen seien.

Der Redakteur ist also gewissermaßen ein eisernes Inventar, das zwar den Namen wechselt, aber doch immer dasselbe bleibt. So originell dieser neue Rechtsatz sein mag, so ist er doch mit der einfachen Regel, daß niemand für die Handlungen eines anderen, nicht seiner Obhut oder seinen Befehlen unterworfenen Menschen verantwortlich gemacht werden kann, in so flagrantem Widerspruch, daß wir, trotzdem wir uns in Deutschland über nichts mehr wundern, doch nicht an die Bestätigung dieses neuen Rechtsatzes durch die oberen Gerichte glauben wollen.

Die Suchenlands sind Ordnungshelden, ein jeder aus dem edlen Stamme ist ein Ketter der Interessen von Bildung und Besitz, vor allem von agrarischem Besitz; der eine müht sich als Vorsitzender des Bundes der Landwirthe für die armen Grafen Ranig, Mirbach und Genossen, ein anderer stinkt als Hallenser Rechtsanwalt auf die Rechtslosmachung der deutschen Landarbeiter und ein dritter, den wir unlängst mit seinem Hallenser Namensvetter fast verwechselt hatten, müht sich als Bürgermeister von Ludenwalde, die in Wurzen erlernten sächsischen Polizeipraktiken auf märkischem Sande weiter zu praktizieren. Ein herrlich Geschlecht, aller Ehren werth!

Der Fall Pfizer oder richtiger gesagt, das Ruffen, das derselbe weit über die Grenzen Schwabens erregt hat, scheint der württembergischen Regierung recht unbedeuten zu sein, sie hat deshalb alle Anstrengungen gemacht, den jüngeren Oberlandesgerichts-Rath Pfizer zur Zurücknahme seines Rücktrittsgesuchs zu veranlassen, was ihr nun auch gelungen ist.

Ein Jahr ist morgen verstrichen, seitdem Graf Taaffe seinen Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht dem österreichischen Abgeordnetenhaus vorlegte. Sein Ministerium stürzte und die vereinigten Reaktionsparteien schufen sich das Ministerium Windischgrätz, das mit Versprechungen einer Wahlreform sein Amt antrat. Die Arbeiter Oesterreichs trauten, durch böse Erfahrungen gewarnt, den Versprechungen der Chefs der Reaktion nicht, sie haben ununterbrochen agitiert und demonstriert für das allgemeine Wahlrecht. Am 16. Oktober wird das österreichische Abgeordnetenhaus seine Thätigkeit wieder aufnehmen, und da wird es sich zeigen, ob die Herren Pleuer und Windischgrätz das Volk noch weiter hinhalten wollen oder ob und was sie dem nach Befreiung aus der politischen Rechtslosigkeit dürstenden Volke zu bieten haben. Was die Arbeiter verlangen, das werden die Herren Minister, Hofräthe und Parlamentarier in 9 für den Vorabend der Parlamentsöffnung angekündigten sozialdemokratischen Versammlungen noch einmal genau zu hören bekommen. Die Tagesordnung der Versammlungen lautet: „Was ist mit unserem Wahlrechte?“

Die Führung der Zivilstandsregister durch staatliche Behörden wurde vom ungarischen Herrnhause beschlossen.

Eine höchst überflüssige Rede hielt gestern in England Herr Shaw-Lefevre, Präsident des Lokalen Regierungsausschusses. Ein Telegramm — denn solches

Zeug ist dem Wolff'schen Bureau stets genehm — meldet darüber:

— Er erklärte, es beständen schwebende Fragen zwischen Frankreich und England, besonders bezüglich der Theilung Afrikas. Man müsse hoffen, daß in der Zukunft, wie in der Vergangenheit die Diplomatie diese Frage zu regeln wisse. Die beiden Länder vermehren zwar ihre militärische Macht, aber der gesunde Sinn der Völker und der Staatsmänner werde den Frieden sichern; ein Bruch wäre das größte Unglück und das größte Verbrechen.

Weshalb Herr Shaw-Lefevre diese Kannegießerei verübt hat, weiß er vielleicht selbst nicht. Da das „größte Unglück und größte Verbrechen“ nur eine Phantastie „fluger Köpfe“ ist, so hätte der Herr lieber den Mund statt dieser Rede halten sollen.

Aus Spanien wird gemeldet, die Nachrichten vom Eintritt einer Ministerkrise seien „verfrüht“. Es steht also eine neue Ministerkrise bevor.

Vortugiesische Kolonialkriegen. Wie dem „Neuer'schen Bureau“ aus Lourenco Marquez gemeldet wird, wurden heute Vormittag in der Umgegend mehrere Europäer und eine große Anzahl verbündeter Kaffern ermordet. Die Raubzüge in der Umgegend der Stadt dauern fort.

China-Japan. Die Nachrichten über Aufstände in China haben sich als zum mindesten sehr übertrieben herausgestellt. Und mit dem Marsch der Japaner auf die Hauptstadt des Himmlischen Reiches hat es seine guten Wege. Es unterliegt jetzt keinem Zweifel mehr, daß die englische Regierung alles daran setzen wird, die Feststellung Chinas zu verhindern. Und es scheint, daß die französische Regierung die englische in dieser Absicht unterstützen will. Auch Rußland wird sich kaum zu einem Raubzug auf eigene Faust stark genug halten. In Asien stehen die russischen Interessen nicht bloß den englischen feindlich gegenüber, sondern auch den französischen, so daß anläßlich des Konflikts zwischen China und Japan von einem russisch-französischen Einverständnis nicht die Rede sein kann. Nach einer Depesche vom heutigen Tage sollen die Russen an der Grenze von Korea 5000 Mann aufgestellt haben — aber das will nicht viel bedeuten. Die Engländer können dort binnen wenigen Tagen viel mehr Truppen ansammeln. Und so dürfte denn die Ruhe, welche seit einigen Wochen auf dem Kriegsschauplatz eingetreten ist, mit den diplomatischen Verhandlungen zusammenhängen, die ohne Zweifel zwischen den Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands unter sich, sowie zwischen diesen Regierungen einerseits und der chinesischen und der japanischen Regierung andererseits gepflogen werden.

Nach den Berichten von heute Abend sollen die europäischen Großmächte dahin sich geeinigt haben, daß Korea nicht in den Besitz Japan's gelangt, und daß sie erforderlichenfalls den Japanern mit Waffengewalt entgegenzutreten werden. Die englische Presse hatte, wie die Leser sich erinnern dürften, diese Wendung von Anfang an vorhergesagt.

Das nationale Komitee der Sozialistischen Partei Spaniens wendet sich in einem längeren Schreiben, das wir morgen zum Abdruck bringen werden, gegen den Inhalt einer Korrespondenz aus Spanien, die wir in der Nr. 196 des „Vorwärts“ vom 24. August d. J. veröffentlicht haben. Durch diese Korrespondenz fühlen unsere spanischen Genossen sich verletzt. Wir können nur versichern, daß unser Korrespondent nicht bloß ein Freund, sondern unseres Wissens sogar ein Mitglied der spanischen Arbeiterpartei ist; und wir sind überzeugt, wenn er dies liest, wird er die erste Gelegenheit ergreifen, und sich persönlich mit den von ihm, sicher ohne Absicht verletzten Genossen auseinandersetzen. Wie wir zu den spanischen Brüdern stehen, das haben wir in unserem Gruß an den letzten spanischen Parteikonferenz gesagt.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Kiew, 10. Oktober. Eine Versammlung von Zuckerfabrikanten genehmigte definitiv den Plan einer Normirung der Zuckerproduktion. Die bezügliche Konvention soll Freitag unterschrieben werden.

London, 10. Oktober. Der Parlaments-Unterschatz im Auswärtigen Amte Sir Edward Grey hat gestern Abend in Wootter (Northumberland) eine Rede gehalten, in welcher er mit bezug auf den japanisch-chinesischen Krieg sagte, die erste Pflicht der englischen Regierung sei, das Leben, das Eigentum und den Handel ihrer Landesangehörigen zu schützen. Die Regierung wolle auch in Uebereinstimmung mit der Aktion aller übrigen Mächte bleiben, damit der Einfluß der Mächte fortgesetzt dahin ausgeübt werde, die noch bevorstehenden Ereignisse soviel wie möglich zu mildern, die bedrohten Interessen zu schützen und schwierigen Komplikationen vorzubeugen, welche aus einem etwaigen Versuche entstehen könnten, aus der gegenwärtigen politischen Lage zum Schaden der Interessen anderer Mächte Vortheil zu ziehen.

(Depeschen-Bureau Herold.)

Wien, 10. Oktober. In voriger Nacht ging über Marchegg und Pressburg ein schweres Gewitter mit einem heftigen Wolkenbruch nieder, wodurch furchtbarer Schaden angerichtet wurde. Mehrere Häuser wurden weggeschwemmt; zahlreiche Thiere sind zu Grunde gegangen. Der Eisenbahnverkehr ist stellenweise ganz unterbrochen.

Wien, 10. Oktober. Nach unverzüglichen Meldungen aus Petersburg soll Professor Sacharin dem Zaren mitgeteilt haben, daß dessen Leiden unheilbar sei; das Leben des Kaisers könne nur durch die strengste Diät um wenige Monate verlängert werden.

Wien, 10. Oktober. Nach einer Meldung der „Politischen Korrespondenz“ wird der Zar erst Ausgangs November nach Korsu reisen. Der Thronfolger hat die Regenschaft mit der Beschränkung erhalten, daß die wichtigsten Angelegenheiten vom Kaiser selbst erledigt werden.

Antwerpen, 10. Oktober. In der Schelde und im Kermel-Ranal herrscht so undurchdringlicher Nebel, daß drei Schiffe auf Sandbänken festgefahren sind.

London, 10. Oktober. Die „Times“ schreiben in einem Artikel über die ostasiatischen Ereignisse, eine diplomatische Aktion der europäischen Mächte würde erfolglos sein, weil das sieggewohnte Japan von seinen Forderungen an China ohne eine erdrückende kriegerische Demonstration aller europäischen Flotten nicht absteigen werde.

London, 10. Oktober. Einer „Standard“-Meldung aus Peking zufolge ist die Ruhe dort wiederhergestellt. Die Aufregung unter der Bevölkerung wegen der in verschiedenen größeren Provinzstädten ausgebrochenen Unruhen hat sich vollständig gelegt.

London, 10. Oktober. Aus Tientsin wird gemeldet, daß an der foreanischen Grenze 5000 russische Soldaten den japanischen Truppen gegenüberstehen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Der brutale Willkürakt des Brauereiringes harret noch der Sühne. Den Hunderten unschuldig aufs Pflaster geworfenen Arbeitern ist noch keine Genugthuung geworden. Arbeiter und Parteigenossen! Ohne eure opferwillige Unterstützung würden die Gemahregelten der bittersten Noth verfallen und gezwungen sein, um Gnade zu betteln. Die Hochherzigkeit der Berliner Arbeiterschaft hat diese Schmach verhindert. Der erste Sturmhauf des Proleten schickerte an eurem Solidaritätsgefühl. Nicht eine Bresche vermochte der Bierring auf eure Reihen zu legen. Einig, geschlossen, kampfmüthig und opferwillig seid ihr fest entschlossen, den entbrannten Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Arbeiter, Parteigenossen! Euer Wollen garantiert Euer Können! Ihr könnt, wenn ihr wollt.

Den zweiten Sturmhauf auf eure Pflanzung mußten die dem Biering Lebensdienste leistenden Saalbesitzer unternehmen. Die Agitation sollte unterbunden, das Mund-todtmachungssystem praktiziert werden.

Auf der Mine, die sie gegraben, sind die Saalbesitzer aufgefliegen. Ihr Wehgeschrei mußte Mitleid erwecken.

Arbeiter, Parteigenossen! Selbst der Himmel, auf den der Biering seine letzte Hoffnung setzte, ist mit uns im Bunde. Die Saison kann dem Ring nicht mehr über die Verlegenheiten hinweghelfen, die mit jedem Tag des weiteren Kampfes sich thurmbhoch häufen.

Ausharren bedeutet für uns Siegen. Unsere Position ist unerschütterlich. Der Stand des Boykotts ist ein vorzüglicher. Wir können zuwarten, ohne entbehren zu müssen.

Arbeiter, Genossen! Je konsequenter der Boykott durchgeführt wird, desto nachhaltiger seine Wirkung, desto entscheidender der Sieg. Duldet keine Ausflüchte, keine Ausreden. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Soweit unser Einfluß reicht, muß das Ringbier verpönt werden. Nicht ein Tropfen darf getrunken werden.

Arbeiter, Genossen! Die Bierzufuhr ist eine geregelte. Sie wird mit jedem Tag der Fortdauer des Boykotts eine bessere. Alle Ansprüche können befriedigt werden. Darum widersteht jeder Versuchung, Ringbier zu trinken. Die schwerste Arbeit ist gethan. Die Periode der Organisirung des Kampfes war die aufreibendste. Jetzt wird uns der Kampf leicht, weil wir das Terrain zum guten Theil beherrschen. Der Sieg muß unser werden, wenn wie bisher mit gleicher Schärfe und Ausdauer der Parole gefolgt wird.

Hoch der Boykott sämtlicher Ringbrauereien! Trinkt keinen Tropfen Ringbier!

Die Boykottkommission.

- #### Boykottfreies Bier liefern:
- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
 - Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
 - Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
 - Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
 - Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
 - Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
 - Nordstern-Brauerei, Berlin.
 - Mathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jnh. Max Dennyhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
 - Schloßbrauerei, Fürstental, Niederlage bei Franz Heiser, N. Liesenstr. 5.
 - Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D.
 - Phönix-Brauerei, C. Radon, Lichterfelde.
 - Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage, Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
 - Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
 - Brauerei Tivoli, Straußberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
 - Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
 - Brauerei Danz, Freienwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N. Gartenstr. 152.
 - Bürgerliches Brauhaus, Luckenwalde, Niederlage Gust. Spielermann, Weberstr. 66.
 - Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin, Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.

Parteinarbeiten.

Als Delegirte zum Parteitag für München wurden außer den zwei Abgeordneten v. Dollmar und Birk die Genossen Ed. Schmidt und Kresch gewählt. — Der zehnte sächsische Wahlkreis wählte den Genossen Henrich Döbeln. — Für den Wahlkreis Meiningen 2 ist Genosse Seige-Pöhnert gewählt.

Von der Agitation. In Dessau sprach Genosse Kessler aus Berlin vor einer sehr gut besuchten Versammlung über „Kampf der Ordnung wider den Umsturz“. Er zeigte in populärster Weise, daß es Umsturz gebe, so lange die menschliche Gesellschaft existiere. Dem heftigsten aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion. — Der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Legien macht gegenwärtig eine Agitationstour durch das westfälische Kohlengebiet. Er sprach am Montag in Bochum über den Ausnahmestand als Kampfmittel der Gewerkschaften. Genosse Legien verwies die deutsche Bergarbeiterschaft auf das Beispiel ihrer englischen Kameraden, die durch ihre Organisation allein mächtig seien. Die Trennung in christliche und andere Gewerkschaften hält Redner vom Uebel.

In einer Demonstration der Köliner Arbeiterschaft gestaltete sich eine Versammlung, die am 7. Oktober dort stattfand. Es handelte sich um die Stellungnahme der Arbeiter zu dem geplanten städtischen Arbeitsnachweis. Wohl oder übel hatten die Behörden entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit ein Votum zur Verfügung stellen müssen. Die Versammlung fand in der Markthalle statt; Dr. Lütgenau hatte das Referat übernommen; wohl an 5000 Personen hatten sich eingefunden. Nachdem Redner auf die Entwicklung dieser Sache eingegangen, stellte er die Frage: Wie stellen wir uns zu dem Arbeitsnachweis? Was erwarten wir davon? Welche Bedingungen stellen wir? Wir wollen beweisen, daß wir mitwirken wollen, nicht allein zum Wohle der Sozialdemokratie, sondern zum Wohle der Arbeiter überhaupt. Die notwendige Grundlage einer richtigen Sozialpolitik sei die Statistik der Arbeitslosen. Wenn das Gend der Arbeitslosen klargestellt, dann seien auch gesetzgeberische Maßnahmen eher zu erwarten. Die Leitung des Arbeitsnachweises müsse in den Händen der organisirten Arbeiter liegen. Bei Streiks müsse der Arbeitsnachweis eingestellt werden. Da namentlich diese letztere Bedingung durch das entworfene Statut erfüllt sei, so könne die Arbeiterschaft die Neuerung begrüßen. Nachdem der Vorsitzende Hengsbach die Satzungen und die Geschäftsordnung des durch die verschiedenen Parteien und Korporationen vertretenen städtischen Arbeitsnachweises verlesen, wozu die Stadt 3000 Mark ausgeworfen hat, werden als Mitglieder der Kommission gewählt: Hofrichter, Odenthal, Gilsbach, Brinkmann, Schneider, Franzen, Schröder und Müller, letztere vier als Erfahrmänner.

Partei-Konferenzen. Die Parteikonferenz des Wahlkreises Dortmund-Hörde, die am 7. Oktober in Dortmund abgehalten wurde, war von 26 Delegirten aus 15 Orten besucht. Auf Antrag des Kreisvertrauensmanns wurde beschlossen, den Kreis in 9 Bezirke einzutheilen und für jeden derselben einen Vertrauensmann zu wählen. Zum Kreisvertrauensmann wird Genosse Fickermann in Dortmund wiedergewählt. Nach dem Parteitag werden, wie wir bereits gestern mitgeteilt, die Genossen Dr. Lütgenau und Winkler entsandt.

Der 2. württembergische Reichstags-Wahlkreis hält am 14. Oktober in Bussenhausen eine Konferenz mit folgender Tagesordnung ab: 1. Stellungnahme zum Parteitag in Frankfurt a. M. bezw. Wahl der Delegirten. 2. Landtagswahl. 3. Verschiedenes.

Gewerbegerichtswahlen. Bei der am 4. Oktober in Gagen vollzogenen Wahl zum Gewerbegericht wurde von den nicht in Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeitnehmern die Liste der Gewerkschaften gewählt; eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Von den Arbeitgebern, welche mehrere Listen aufgestellt hatten, siegte eine mit 25-33 Stimmen. Die in Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter wählen in einem gesonderten Wahlgange.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts für Pöhnert. In Pöhnert wurde vom Gemeinderath mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt, weil — kein Bedürfnis vorliege! — In Wirklichkeit hat man Angst vor der Sozialdemokratie, denn die circa 1800 sozialdemokratischen Stimmen in Pöhnert lassen befürchten, daß die Sozialdemokratie sich des Gewerbegerichts bemächtigen, so debuzirte der Bürgermeister Dr. jur. Plagge. Auch die Erlolge in Berlin, Erfurt und Bera neuerdings mußten herhalten, um das Institut als gefährlich erscheinen zu lassen.

Die sächsischen Polizeihäfen gegen die Sozialdemokraten gehen selbst bürgerlich-frommen Blättern wie der „Germania“ zu weit. Ueber das gestern von uns mitgetheilte Versammlungsverbot in Falkenstein, wo der Stadtrath bekanntlich nach Leipziger Muster den Beschloßen durch das Dreiklassen-Wahl-system den Zugang ins Rathhaus versperren will, schreibt das genannte Blatt:

„Wenn man in solcher Weise den „Maukord“ anlegen kann, wie es hier durch die Falkensteiner Polizei geschieht, dann ist es freilich leicht, „Ordnung“ zu schaffen. Bei einer so ausgezeichneten Geseßgebung über Vereins- und Versammlungsbrecht, wie sie in Sachsen besteht, müßte doch das Königreich Sachsen eigentlich ein Musterstaat von Ordnung sein, in dem die Sozialdemokratie gar nicht aufkommen dürfte. In Wirklichkeit aber hat die sozialdemokratische Umsturzpartei nirgendwo in einem deutschen Staate so festen und breiten Boden gefaßt, wie im Königreich Sachsen. Ob das trotz der Polizeiwillkür in bezug auf das Vereins- und Versammlungsbrecht oder infolge desselben gekommen ist, wollen wir nicht entscheiden; so viel aber jedenfalls sei durch die Erfahrungen in Sachsen thatsächlich festgestellt, daß mit repressiven Polizeimahregeln und mit einer Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit den Umsturzpartei nicht der Boden abgegraben werden kann.“

Rügen wird dieser Nippenstoß natürlich nicht.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wieder etwas ganz Neues aus Sachsen. In Wurzen sollte im Anschluß an eine öffentliche Versammlung eine Kommission tagen, welche sich mit der Sache Theile, dem früheren Drucker des Wurzenener Partei-Organis (eine rein geschäftliche Angelegenheit) befassen sollte. Der Ueberwachende gab dem Vorsitzenden bekannt, daß dies als eine „Fortsetzung der Versammlung“ angesehen werden müsse und deshalb auch überwacht werden würde. Jede weitere Sitzung der Kommission, so theilte der Beamte mit, müsse auf Anordnung des Stadtraths ebenfalls angemeldet werden. Da eine Beschwerde hiergegen beim Stadtrath fruchtlos blieb, werden die Wurzenener Parteigenossen Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft einlegen.

— Neben den Gefangenen die Turnvereine. Die Turnvereine von Ober- und Niederwiesau sind vom Amtshauptmann zu Flöha aufgelöst worden, da sie sich zum Theil auch mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt haben. Worin diese bestanden haben sollen, ist nicht angegeben.

— Gelegentlich der Massendemonstration, welche die Wiener Arbeiterschaft am Sonntag, den 30. September zu gunsten des allgemeinen Wahlrechts auf der Ringstraße ausführte, wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Einer der Sistirten, der Schneider Jeman, der Rufe gegen das Kapital und gegen das Parlament ausgestoßen haben sollte, wurde zu einer Woche Arrest verurtheilt. — In Deutschland hätte man sicher „Aufruhr, Landfriedensbruch“ und dergleichen Dinge daraus gemacht.

Lokales.

Zur Lokalliste. Wegen Verweigerung der Kontrolle ist Anders, Wartenburgstr. 16, aus der Liste zu streichen. In Friedrichsberg-Lichtenberg schänken Westphal, Friedrichsbergstr. 12a, Stiller, Blumthalerstr. 13, und Isert, Lichtenberg, Dorffstraße, boykottirtes Bier.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung haben folgenden Antrag eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen:

1. Vom 1. April n. J. an für alle von den städtischen Verwaltungen und Betrieben beschäftigten Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden einzuführen;
2. von demselben Termine an die mit der Ausführung städtischer Arbeiten beauftragten Unternehmer vertragsmäßig zu verpflichten, für die zu diesem Zweck beschäftigten Arbeiter

ihrer Betriebe eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden einzuführen.

Ueber das neue Behring'sche Heilserum werden manche Wunderdinge berichtet. Da die Angaben über die seltenen Heilwirkungen dieses Mittels, die jetzt massenweise in die Presse gelangen, schwer zu kontrolliren sind, so thut man gut, sich vor überschwenglichen Erwartungen so lange zu hüten, bis übereinstimmende Berichte verschiedener ärztlicher Autoritäten vorliegen. Unter diesem Vorbehalt geben wir auch einen Bericht wieder, den einer unserer Mitarbeiter, der die Charitee besucht hat, uns zuseudet. Es heißt in dieser Mittheilung:

„Die Würgeengel der Diphtheritis braucht man jetzt nicht mehr zu fürchten, wie ein maßgebender Arzt am Mittwoch Morgen versichert hat. Das Behring'sche Heilmittel „Heilserum“ wirkt nämlich in den ersten Stadien der Krankheit mit „tödlicher“ Sicherheit heilend, wie der Arzt uns bei dem Besuch der Diphtheritis-Abtheilung der Charitee in scherzhafter Weise mittheilte. Beim Betreten der Parake stellte der Oberarzt die Frage: „Sie sind doch nicht ängstlich?“ und fügte auf die verneinende Antwort hinzu: „Das haben Sie auch nicht mehr nötig.“ In dem Saal befanden sich die von der Krankheit befallenen Kinder theils spielend in den Betten. Der Arzt zog den Besucher zu einem Lager hin, auf dem ein etwa 10 Jahre alter Knabe ruhte und bemerkte: „Sehen Sie, hier ist ein in die Augen springendes Beispiel von der Wirkung des Heilmittels.“ Dabei nahm er einen Stos Papier von einem Stuhl am Bette in die Hand und erklärte daraus, daß der Knabe in einem Zustand eingekerkert worden sei, die früher jede Aussicht auf Genesung ausgeschlossen habe. Der Arzt redete das Kind an, das mit klaren Augen ausblickte und auf die Frage: „Wie geht es Dir denn?“ mit heller Stimme antwortete: „Ich danke, recht gut.“ Der Arzt sprach die Bitte aus, es möchte in den Zeitungen darauf aufmerksam gemacht werden, daß Kinder sofort bei Wahrnehmung der Krankheit einem Arzte zugeführt werden müssen, wenn jede Gefahr ohne weiteres beseitigt werden solle. Gesellen sich dagegen zu den Diphtheritisbazillen andere Mikroorganismen, so sei die Heilung weit schwieriger und lasse einen sicheren Erfolg nicht voraussagen. — Das Diphtherie-Heilmittel, das in der Charitee schon seit einem Jahre mit Erfolg angewandt wird, wird vor dem Gebrauch bei Kranken an Meerschweinchen versucht, um die Wirkung festzustellen. In der Anstalt wird das Mittel der Einwirkung des Lichtes und der Wärme entzogen.“

Das Behring'sche Diphtherie-Heilmittel wird jetzt in großem Maßstabe hergestellt und ist bereits der allgemeinen medizinischen Praxis nutzbar gemacht. Die Herstellung, welche die Haltung zahlreicher großer Versuchsthiere erfordert, erfolgt bei den höchsten Fachwerken. Ihre Beaufsichtigung hat Professor Behring dem ehemaligen Repetitor am Pathologischen Institut der Berliner Thierärztlichen Hochschule, Thierarzt Casper, übertragen, der aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden ist und sein neues wichtiges Amt bereits angetreten hat. Parallel mit den Forschungen des Prof. Behring über das Diphtherie-Serum gingen Versuche über Schutzimpfung und Heilung von Wundstarrkrampf (Tetanus). Diese Versuche, welche zum Theil auch an der Berliner Thierärztlichen Hochschule unternommen wurden, haben zu praktisch verwertbaren Ergebnissen nicht geführt.

Der berühmte italienische Kliniker Vaccelli sprach sich in einem Interview mit dem Redakteur der „Italia“ referirt über die Bedeutung des Heilserums zur Bekämpfung der Diphtheritis aus und widerrieth einer allgemeinen Anwendung des Mittels, so lange noch die Versuche fort dauern.

Zum Bericht über die Volksbibliotheken bringt auch die „Vossische Zeitung“ eine längere Besprechung. Sie bemängelt gleich uns, die Dürftigkeit der neueren Berichte; dagegen erwartet sie von der „Neuausstattung“ der Bibliotheken allen Ernstes eine Hebung des Verkehrs, ja sie glaubt eine solche Wirkung sogar schon für das letzte Verwaltungsjahr konstatiren zu müssen. Sie meint, am stärksten würden die neu eingerichteten oder in ihrem Bücherbestande erneuerten Bibliotheken benutzt. Das ist, in dieser Allgemeinheit hingestellt, einfach nicht wahr. Die jüngste Bibliothek, die 27., steht allerdings hinsichtlich der Zahl der ausgeliehenen Bände unter den ersten, aber ebenso stehen die nächstjüngeren, die 26. und 25., unter den letzten. Mit den in den letzten beiden Jahren neu ausgestatteten Bibliotheken verhält es sich ähnlich. Die dritte hatte die überhaupt stärkste Benutzung unter allen Bibliotheken; aber mit der im Verwaltungsjahre 1892/93 erfolgten Neuausstattung kann das nicht zusammenhängen, da diese Bibliothek auch vorher schon am stärksten benutzt wurde. In der 7. Bibliothek, ebenfalls 1892/93 neu ausgestattet, ist die Benutzung sogar zurückgegangen, ebenso in der achten, die freilich erst im letzten Jahre erneuert wurde. Eine ungewöhnliche Steigerung hat bei keiner dieser Bibliotheken stattgefunden, ganz abgesehen davon, daß solche Schwankungen nach oben oder unten schon zu einer Zeit vorkamen, wo noch kein Mensch an Neuausstattung dachte. Wie oft im Durchschnitt jedes Buch verliehen wird, das hat augenscheinlich auch nicht nur mit der Beschaffenheit des Bücherbestandes zu thun, sondern ebenso sehr mit dem Verhältnis der Zahl der vorhandenen Bände zu dem Umfang des in der betreffenden Stadtgegend vorhandenen, für die Volksbibliotheken in Betracht kommenden Leserkreises. Die „V. J.“ knüpft daran Schlüsse, die nicht beweiskräftig sind. In der 24. Bibliothek z. B., die trotz verhältnismäßig kurzen Bestehens schon wieder erneuert werden mußte (wohl deshalb, weil sie bei ihrer Errichtung von vornherein nur abgelagerte Scherenschen erhielt), wurde der einzelne Band vor der Neuausstattung

hätte, in Schnitt öfter anzugehen als vorher. Ein deutliches innerhalb, daß der angeblich neue Geist neues Leben in die Biblio nach gebracht hat, ist vorläufig noch nicht zu erblicken.

Ueber die Unterhaltungskosten der Berliner Gemeindefchulen bringen einige Blätter eine Mitteilung, die in dem bekannten großpraktischen Ton von den „enormen Summen“ erzählt, die das Gemeindefchulwesen verschlingt. Es wird darin nur vergessen, auch anzugeben, wie viel Kinder in die Gemeindefchulen gehen, wie viel Kinder andererseits die städtischen höheren Schulen besuchen, und welche Kosten diese dem Stadtsäckel verursachen. Hält man diese beiden Dinge nebeneinander, so ergibt sich ein etwas weniger großartiges Bild des Berliner Gemeindefchulwesens. Der Vergleich kann vorläufig nur für das Verwaltungsjahr 1892/93 durchgeführt werden, da über die höheren Schulen für Knaben (die der städtischen Schuldeputation nicht unterstellt sind) für 1893/94 noch keine Angaben vorliegen. Der Zuschuß der Stadt zu den Unterhaltungskosten betrug 1892/93: bei den Gemeindefchulen (einschl. Unterricht der auf Stadtkosten in Privatschulen u. s. w. untergebrachten Kinder und Unterricht an Schwachsinrige u. s. w.) 9 078 509 M., macht bei 177 087 Kindern pro Kopf 51,27 M.; bei den Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen, sowie bei den höheren Mädchenschulen 1 494 810 + 1 04 050 = 1 598 860 M., macht bei 13 109 + 4205 = 17 414 Schülern und Schülerinnen pro Kopf 91,82 M. Unter dieser Ungleichheit leiden auf den Gemeindefchulen Kinder und Lehrpersonal in gleicher Weise.

Versammlungsbeschränkung? Bekanntlich hatte der überwachende Polizeikommissar in der Volksversammlung in Sanssouci am 17. September verlangt, daß die Tribünen geräumt würden, weil er dieselben nicht übersehen könne. Auf die gegen dies Verlangen von der Vorsitzenden der Versammlung, Genossin Frau Geisenberg, eingelegte Beschwerde hat der Polizeipräsident folgenden abschlägigen Bescheid ertheilt: „Auf die Eingabe vom 20. September gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ich das Verhalten des Beamten, welcher die Volksversammlung vom 17. d. Mts. überwacht hat, nicht zu mißbilligen vermag. Zur erfolgreichen Überwachung einer Versammlung ist erforderlich, daß der überwachende Beamte von dem ihm angewiesenen Platz aus das Versammlungsort vollständig übersehen kann. Nach den angestellten Ermittlungen konnte der Beamte aber im vorliegenden Fall die stark besetzten Tribünen von seinem Platze aus nicht genügend übersehen. Er war daher zur Räumung derselben durchaus berechtigt. Der Polizeipräsident von Reichshofen.“ Gegen diesen Bescheid wird Klage im Verwaltungs-Streitverfahren erhoben werden. Der Sanssouci-Saal ist sehr schön zu übersehen. Nirgend ferner im Vereinsgebet ist eine Bestimmung zu finden, die als Pflicht oder Recht des Beamten hinstellt, den Saal zu übersehen. Er soll sich umschauen, ob Bewaffnete im Saal sich befinden, kann das durch Aufstehen von seinem Platze erreichen, an den er durch das Geseß keinesfalls gefesselt ist. Im übrigen soll er zusehen. Nicht Ueberwacht, sondern allein Umficht, Vorficht und Rücksicht verlangt das Geseß von einem Polizeibeamten. Ob das Ober-Verwaltungsgericht gleicher Ansicht sein wird?

Zur Schlacht bei Leipziger. In unserm gestrigen Abdruck der Erklärung des Herrn Albert Brockhoff ist dem lateinischen Zitat von dem Druckfehler, der offenbar keine klassische Bildung genossen hat, fast ebenso äbel mitgespielt worden, wie dem Herrn Dr. Leipziger von seinem ergrünten Kollegen. Das Zitat, welches dem altbekanntesten: si fecisti nega — wenn du etwas gethan hast, was dir unbecquem ist, so leugne es ab — nachgebildet ist, lautet: si copisti, nega (colaphos) — wenn du sie bekommen hast, so leugne sie ab — nämlich die Hiebe, die in diesem Fall echte und rechte colaphi, d. h. Faustschläge gewesen sein sollen, so daß Herr Dr. Leipziger über den Ursprung des Wortes: das poßt wie die Faust aus Auge, in corpore vili — am eigenen Leibe belehrt worden ist.

Ueber die „anarchistischen“ Oberfeuerwerker wird jetzt berichtet: Die Voruntersuchung gegen die Oberfeuerwerker-Schüler muß jetzt nahezu beendet sein. Mehrere Artillerie-Regimenter haben seit Anfang dieser Woche die Weisung erhalten, Fahrtscheine für die Rückkehr der ihnen angehörenden Unteroffiziere zu beschaffen. — Wie weiter mitgeteilt wird, haben am Mittwoch früh um 12 1/2 Uhr drei Unteroffiziere von 2., 16. und 20. Artillerie-Regiment eine Wirtshaus in Potsdamer Bahnhof mit dem Ausrufer betreten: „Na, Gott sei Dank, wieder das erste Glas Bier!“ Dann theilten sie mit, daß sie soeben mit dem Zuge aus der Festung Magdeburg eingetroffen seien. Sie seien mit noch mehreren Kameraden auf Befehl des Gouverneurs nach einigen Verhören aus der Haft entlassen worden, um über Berlin zu den Regimentern zurückzukehren. Die drei Unteroffiziere wollten mit dem eigentlichen Vorfalle nichts zu thun gehabt haben, vielmehr erst am dem Tage der Verhaftung von einer Prüfung in die Kasernen zurückgeführt sein. Uebrigens seien die Verhafteten nicht so verzweifelt, wie man im Publikum anzunehmen scheint.

Wie man wohlthut. Uebereinstimmend Zeitungsberichten zufolge haben die Arbeiter der Berliner Wäschefabrik Gebrüder Borchardt aus Anlaß des 25 jährigen Bestehens der Fabrik ein Fest bei hochfeinlichem Bier zu feiern gehabt. Außerdem ist aber auch den Arbeitern der Fabrik die nemenswerthe Summe von 20 000 M. „gehustet“ worden. Da nun gegen 1000 Arbeiter bei der Firma beschäftigt sind, so fällt auf den Kopf bei einem Kapital von 20 M. ein Zins, zu 4 pCt. gerechnet, von baaren 80 Pfennigen pro Jahr. Nur berufsmäßige Heberei wird leugnen können, daß damit schon ein Erledliches zur Verringerung des Arbeiterlebens gethan werden kann.

Königlich preussische Stickerbeleidigung? Im „Voll“ steht zu lesen: „Sehr erlaubt waren zwei Herren, die sich das Ballet „Carnaval“ im Opernhause angesehen hatten. Unter anderen Figuren erschien auf der Bühne ein sog. „langer Mann“, d. h. eine in ihrer Größe beliebig zu verändernde Puppe. Die Maske hatte eine so beispiellose Feinheit mit dem Gesicht von Sticker, daß man beinahe eine Absicht vermuthen könnte. Jedemfalls erinnerte die Figur an einen evangelischen Geistlichen. Schickt sich das für ein Theater, und noch dazu für ein königliches?“

Widre Herr Sticker ernsthaft mit sich im stillen Rämmerlein darüber zu Werke gehen, ob er, der königlich preussische Hofprediger a. D., sich bis dato als eine in ihrer Größe beliebig zu verändernde Puppe“ geberdet hat. Unseres Erachtens hat ihm Graf Hochberg ein bißchen arg mitgespielt.

Gesperri sind bis auf weiteres die Rosenthalerstraße, von der Sophien- bis zur Auguststraße, und der Kreuzdamm der Rosenthalerstraße mit der Weinmeister-, Gornann- und Sipsstraße und die Selterstraße von der Mäckerstraße bis zur Straße am Nordhafen.

Am Schiller-Denkmal wurde vorgestern das erneuerte Gitter angebracht. Einer der Arbeiter hatte seine Stiefel auf die Stufen des Postaments gestellt. Ein Berliner Junge erfaßte die Situation sehr schnell und rief einem Kameraden zu: „Willem, tief mal, Schiller kriegt neue Stiefeln!“

Ein Theaterdirektor für 150 Marl. Für das Theater unter den Linden bestit die Konzession der Schauspielunternehmer Krause. Gegen ihn klagt, wie man der „Voss. Zig.“ mittheilt, das Polizeipräsidium beim Bezirksauschuss mit dem Antrage, ihm die Konzession zu entziehen, da Krause die bei Ertheilung derselben vorausgesetzte Zuverlässigkeit in finanzieller Beziehung nicht besitze. Krause gerire sich nur als Theaterleiter, um dadurch dem Direktor Max Arendt vom „Aktien-Bauverein“, welchem wegen seiner mangelnden künstlerischen Befähigung die Konzession versagt worden sei, die Ausübung als Schauspielunternehmer zu

ermöglichen. Krause sei im Theater nur mit untergeordneten Funktionen betraut und beziehe für seine Thätigkeit vom „Aktien-Bauverein“ ein monatliches Gehalt von 150 M. Direktor Arendt sei der eigentliche Theaterleiter. Seine Anordnungen gelten, er entscheide über Annahme und Ablehnung von Theaterstücken, über das Engagement und die Entlassung von Schauspielern. — Daß dem Krause auch die Zuversicht in finanzieller Hinsicht mangelte, gehe unter anderem auch daraus hervor, daß eine bei ihm wegen einer Schuld von 40 M. vorgenommenen Zwangsvollstreckung fruchtlos ausgefallen sei. Der Bezirksauschuss beschloß in seiner vorgestrigen Sitzung, über diese Behauptungen Beweis zu erheben.

Eine neue „Gasglühlicht-Gesellschaft“ hat sich in Charlottenburg gebildet und bereits so gute Geschäfte gemacht, daß die Polizei auf sie aufmerksam geworden ist. Es handelt sich um eine Spießbudenbande, die sich darauf beschränkt, Gasglühlicht-Körper aus Lokalen zu entfernen. Die Polizei ist bisher vergeblich bemüht gewesen, die ausgetragene Genossenschaft mit beschränkender Haftpflicht zu versehen.

Wieder gefunden ist infolge von Zeitungsnotizen der 3 1/2-jährige Sohn der Vornann'schen Eheleute aus der Schöndorfer Allee 141, dessen Verschwinden gemeldet worden war. Am Dienstag Vormittag konnten die Eltern das Kind von dem Totengräber in Friedrichsfelde wieder abholen. Der Knabe war von Friedrichsberg aus geraden Weges dahin gelaufen und konnte dem sich seiner annehmenden Mütter über die elterliche Wohnung keine Auskunft geben.

Wie hängt das zusammen? Eine eigenartige Bescheerung wurde am Dienstag Morgen um 8 1/2 Uhr der Frau des Schneidermeisters G. in der Schützenstr. 11/12 zu Theil. Bei ihr erschien eine etwa 36 Jahre alte Frau in olivfarbigem Radmantel und äußerte zu Frau G., als diese die Thür öffnete, unter Ueberreichung eines Päckchens: „Ich soll hier etwas abgeben.“ Frau G. sah später, daß sich ein Kind darin befand, und rief der Danon-eilenden nach: „Nehmen Sie das Päck mit, es ist ja ein Kind drin!“ Die Unbekannte war aber bald verschwunden. Der etwa 14 Tage alte Knabe ist nach dem Waffenhause gebracht worden. Unter dem ihn umhüllenden Zeuge befindet sich ein mit K. N. C. gezeichnetes Taschentuch.

Auf der Flucht befindet sich der Musikleiter Herr Bastian, der trotz des hinter ihm erlassenen Steckbriefes noch nicht hat aufgefunden werden können. Die nun bekannt wird, hat er sich dieser Tage bei einem Besizer Drake in Burg bei Celle um Arbeit gemeldet, ist von dort aber wieder verschwunden. Er hat außer Kleidungsstücken einen auf den Namen des Musikleiters Kasimir Pionet von 35. Infanterie-Regiment lautenden Militärpaß mitgenommen, sich geringere Geldbeträge von verschiedenen Personen geliehen und seine Uniformstücke zurückgelassen.

Ein merkwürdiger Fund wurde in der Nacht zum Dienstag an dem auf Station Westend einlaufenden Zug Nr. 1722 gemacht. An der Bremsstange entdeckte man nämlich einen Kockschob mit der dazu gehörigen Tasche, worin ein Notizbuch mit der Legitimation: Hermann Köpke, Sergeant von der 1. Kompanie Infanterie-Regiment Nr. 20 und ein Militär-Freifahrtschein für die Strecke Wittenberg-Pöllenberg, ausgefüllt 1. Oktober 1894. Trotzdem sofort Befehl ertheilt wurde, die Strecke abzusuchen, konnte doch die mysteriöse Angelegenheit bis jetzt nicht geklärt werden.

Ein gefährlicher Mensch ist in dem Handlungsgehilfen Wilhelm Vorchert festgenommen worden. Er hat in zahlreichen Fällen im vorigen und im laufenden Monat Kindern, die mit Päckchen fortgeschickt worden waren, diese abgenommen und sie selbst mit erdichteten Bestellungen unter dem Versprechen einer Belohnung entfernt. V. hat oft den Inhalt als unverwendbar fortgeworfen, zum Theil aber behalten. Ein Päckchen enthielt Seidenstoff im Werth von 60 M. und wurde verpfändet.

In dem Todesfall in der Marose. Die Staatsanwaltschaft hat vorgestern die Beerdigung der in einer Berliner Klinik während der Marose verstorbenen Hildegard Giesfeld freigegeben. Die Beerdigung hat in Nixdorf unter lebhafter Theilnahme stattgefunden. Inzwischen hatte sich schon das thörichte Gerücht verbreitet, das Mädchen sei nur schreitend gewesen und aus der Betäubung erwacht.

Polizeibericht. Am 9. d. M. Morgens wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Ritterstraße, mit durchschnittenen Pulsadern und durch Leuchtgas betäubt vorgefunden. Er wurde nach Anlegung eines Verbandes in ein Krankenhaus gebracht. — In der Nacht zum 10. d. M. wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung in der Marienburgerstraße, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages wurde die Feuerweh nur einmal infolge blinden Feuerlärms gerufen.

Witterungsübersicht vom 10. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (auch Celsius) 10 U. M.
Ewinemünde	768	SO	1	Nebel	8
Hamburg	769	SO	1	Nebel	9
Berlin	768	Still	—	Nebel	10
Biesbaden	769	Still	—	bedeckt	8
München	770	SW	3	wolkig	9
Wien	768	N	1	halb bedeckt	10
Saparanda	768	SW	2	wolkig	4
Petersburg	—	—	—	—	—
Cort	764	SW	3	Regen	16
Aberdeen	762	SW	1	halb bedeckt	13
Paris	769	N	1	Nebel	7

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Oktober 1894.

Ein wenig wärmeres, vorwiegend nebeliges oder wolkiges Wetter mit leichten Regenschauern und schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Einer umfangreichen wissenschaftlichen Vorlesung über Gynäkologie und gerichtliche Medizin glich eine Verhandlung, welche gestern das Schwurgericht hiesigen Landgerichts I fast 8 Stunden hindurch beschästigte. Die auf Nord bezug. Beihilfe lautende Anklage richtete sich gegen die verheiratete Näherin Johanna Böhm und die Näherin Anna Elisabeth Cysiatki. Die erste Angeklagte, deren Mann Tischler ist und zur Zeit seiner Militärpflicht in Frankfurt a/O. genügt, wurde am 6. April durch eine Frühgeburt überascht und wird nun beschuldigt, das noch nicht 7 Monate leibende Leben durch geiffentliche Vernachlässigung aller Mutterpflichten, Vorenthaltung der nöthigen Erwärmung, Keinsicht und Ernährung, vorzeitig vernichtet zu haben. Die bei ihr wohnende zweite Angeklagte soll dabei beihilflich gewesen sein. Frau Böhm gab zu, daß sie die Frühgeburt mit einigen Wäschestücken bedeckt und ohne weitere Fürsorge liegen gelassen habe; sie bestritt aber, daß es sich dabei um ein lebensfähiges menschliches Wesen gehandelt habe. Die Anklage vertrat den entgegengesetzten Standpunkt, indem sie sich darauf stützte, daß das betr. Frühkind mehrere Stunden hindurch gelebt habe, da es erwiesenermaßen Bewegungen gemacht und auch Schreie von sich gegeben habe. Von der Frage, ob es sich überhaupt um ein lebensfähiges Wesen gehandelt, hing das Schicksal der Angeklagten ab und um diese Frage wurde sehr lebhaft gekämpft. Der gerichtliche Sachverständige Sanitätsrath Dr. Mittenzweig begründete in einem längeren, vom medi-

zischen Standpunkte aus hoch interessanten Vortrage seine dahin gehende Ueberzeugung, daß die Lebensfähigkeit dadurch erwiesen sei, daß das Kind thätiglich gelebt habe, daß er über die voraussetzliche Dauer dieser Lebensfähigkeit ein endgiltiges Urtheil nicht abgeben könne, daß aber zweifellos der Mangel jeglicher Fürsorge diese Dauer abgekürzt habe und das betreffende Kind vielleicht noch heute leben würde, wenn es die gehörige Pflege gehabt hätte. Gegen diese Ansicht wandten sich die Verteidiger Rechtsanw. Wolff und Makower mit aller Entschiedenheit und suchten aus Lehrbüchern der Gynäkologie, aus dem Leitfaden des verstorbenen Prof. Schröder und anderer mehr darzuthun, daß die Wissenschaft einem solchen Prokus, wie er hier in Frage stehe, die Lebensfähigkeit abspreche. Nach einer fast unendlichen Reihe der verwandtesten Spezialfragen, die der Sachverständige zu beantworten hatte, stellten die Verteidiger den Antrag, das Gutachten des Geh. Rathes Oshausen, des gerichtlichen Physikus Professor Dr. Strahmann und des Spezialisten Dr. Gempin einzuholen. Sanitätsrath Dr. Mittenzweig erklärte es für unthunlich, ihn gewissermaßen der Kontrolle einzelner Gelehrter oder Kollegen zu unterwerfen, halte aber gegen ein Obergutachten des Medizinalkollegiums und eventuell der wissenschaftlichen Deputation nichts einzuwenden. — Der Gerichtshof lehnte den Antrag der Verteidigung ab. — Die Beweisaufnahme zeigte, daß es an einem objektiven Thatsache jaft ganz fehlte. Die That hat sich ganz im Verborgenen abgespielt, sie ist aber durch Zufall an den Tag gekommen. Die Angeklagte Böhm hat die Leiche, die sie für die eines menschlichen Wesens nicht hielt, auf demselben Herde verbrannt, auf welchem sie später ihre Suppe gekocht. Man hatte aber in der betr. Nacht das Schreien eines Kindes vernommen und die Angell. Böhm hat später durch ihre eigenen Erzählungen den Verdacht auf sich geladen, das Kind vorsätzlich getödtet zu haben. Letzteres trifft auch bezüglich der zweiten Angeklagten zu, die rechtlich gar keine Verpflichtung hatte, eine etwaige Vernachlässigung des Kindes durch die Mutter zu verhindern. Auch sie hat sich durch Erzählungen verdächtig gemacht. — Staatsanw. Vorchert plädierte auf Schuldig des Mordes, indem er bei der Gynäkischen Mittheilung annahm. Die H. A. Franz Wolff und Makower hielten dagegen eine Freisprechung der beiden Angeklagten für geboten. — In einer vortheilhaften, umfangreichen Rechtsbelehrung wies der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Haack, die Geschworenen u. a. darauf hin, daß es nicht darauf ankomme, ob die Lebensfähigkeit eine längere oder kürzere gewesen. Ein Arzt, welcher einem dem Tode verfallenen Patienten, dessen Lebensfähigkeit nur noch ganz gering sei, vorsätzlich und mit Ueberlegung vorzeitig zum Tode befördert, würde sich zweifellos des Mordes schuldig machen. — Die den Geschworenen vorgelegten Fragen lauteten auf Mord, Todschlag oder fahrlässige Tödtung. — Um 5 Uhr zogen sich die Geschworenen zur Verathung zurück. Von den Geschworenen wurde Frau Böhm der fahrlässigen Tödtung schuldig, die Cysiatki dagegen nichtschuldig befunden. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängniß. Der Gerichtshof sprach die Cysiatki frei und erkannte gegen Frau Böhm auf 2 Jahre Gefängniß.

Soziale Ueberficht.

Die Sitzung des Ausschusses des Verbandes deutscher Gewerbevereine, welche am Sonntag, den 7. Oktober in Frankfurt a. M. stattgefunden, war von Vertretern folgender Städte besucht: Frankfurt a. M., Hannover, Halle, Karlsruhe, Leipzig, Mainz und München. Entschuldig waren Berlin und Stuttgart. Die Verhandlungen begannen mit einem Bericht über Entwicklung und Stand der Vereinigung. Zur Diskussion kamen dann Anträge des Gewerbevereins Berlin, welche die innere Organisation des Verbandes und die Gestaltung des Verbandsorgans betrafen. Die Mittheilungen des Verbandes deutscher Gewerbevereine sollen nach den gestellten Beschlüssen auch fernerhin als Bestandteil der „Blätter für soziale Praxis“ (Verlag von Siemroth u. Borns, Berlin) erscheinen. Eine eingehende Erörterung fand sodann, abgesehen von einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten des Verbandes, ein Urtheil des preussischen Ober-Verwaltungsgerichts, demzufolge in Städten mit Bürgermeisterversaffung die Bürgermeister, weil sie die Gemeinde vertreten, als Arbeitgeber zu betrachten seien, zum Vorsitzenden im Gewerbegericht nicht berufen werden könnten. Weiter wurde über die Frage verhandelt, in wiefern kommunale Arbeitsnachweisstellen (sogenannte Arbeitsämter) in Verbindung mit den Gewerbegerichten begründet werden könnten. Endlich ward die Frage des Rechts der Arbeiter, über die Zwischen-Unternehmer hinaus gegen die eigentlichen Bauunternehmer (Bauherren und Baukapitalisten) Klage zu erheben, besprochen. Es wurde als wünschenswerth bezeichnet, daß die Arbeiter in dieser Beziehung ebenso durch die Gesetzgebung geschützt würden, wie das für die Bauhandwerker geplant sei.

Zum 75. Male wegen Bettelns verhaftet wurde dieser Tage in Bittau ein Handschuhmacher, der aus der Birner Gegend stammt und 66 Jahre alt ist. — Der Strichent des „Leipziger Tageblatt“, welcher dieses Vorkommniß als ein „Jubiläum eigener Art“ seinen Lesern aufsticht, wird von der „Leipz. Volksztg.“ abgefahrt wie folgt:

Ein drastisches Zeugniß von den Zuständen in der besten aller Welten, gegen die die sogenannten Bettelvereine wirkungslos bleiben, wie alles, was die heutige Gesellschaft gegen ihre eigenen Elterbeulen an sozialer Quacksalberer unternimmt. Dem Burschen aber, der sich in obiger „eigenartiger“ Notiz über das elende Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu amüffren scheint, wünschen wir, daß er einmal mittel- und arbeitslos auf die Landstraße gesetzt würde, er würde bald andere Ansichten über ein solches „Jubiläum eigener Art“ erhalten.

Eine treffende Antwort ertheilt das in Zürich erscheinende politisch-satirische Witzblatt „Nebelpalmer“ einem Antrage im Briefkasten auf eine Anfrage wegen Einhaltung der Sonntagsruhe für die eidgenössischen Angestellten folgendes:

Ihre Frage, warum die Angestellten des Bundes am eidgen. Bettag arbeiten müßten, läßt sich nicht leicht richtig beantworten. Fragen Sie einmal in Bern an. Vielleicht erhalten Sie von dort die Antwort: Der Staat kennt keine Rücksichten, kein Geseß, keine Religion; er ist ein metallener Schinder, der sich alles erlaubt, was er anderen verbietet und der seine Aufgabe löst und würgt durch den Schwanz, die Thränen und Sorgen seiner Arbeitnehmer. Er ist mit einem Wort das abschreckende Beispiel für die privaten Arbeitgeber.“

Es ist, so bemerkt hierzu die „Magdeburger Volksstimme“, für die christlichen Staatsmächigen, deren Vertreter die Religion dem Volke erhalten wissen wollen, vernünftig, daß sie sich so etwas mit Recht sagen lassen müssen.

Obdachlosigkeit in den Großstädten. In Kopenhagen hat sich ein Komitee gebildet, das die Errichtung einer „Herberge für Obdachlose“ veranlassen will. Um das Interesse der Bevölkerung für das Unternehmen wach zu rufen, hat man durch statistische Erhebungen die Ausdehnung der Obdachlosigkeit zu ermitteln versucht. Danach giebt es in Kopenhagen nicht weniger denn 2000 obdachlose Personen. Die 51 Logirhäuser und Gasthöfe bieten im ganzen für 800 Personen Unterkunft. Gegen 20 pCt. oder 180 Logirhäuser werden von Bergnügungs- und Geschäftsfreisenden regelmäßig eingenommen, so daß also noch etwa 700 für die Bedürftigen übrig bleiben, während die übrigen 1300 Personen überhaupt keine Lagerstätte finden. Höchstens können hierooon noch die Nachherbergen der Heilsarmee einen Abzug herbeiführen, die aber nur im Winter eingerichtet sind. Diese Herbergen wurden im Winter 1892/93 täglich durchschnittlich von 251 Personen aufgesucht und im Winter 1893/94 von 275 Personen. Die neue Herberge soll 100 Betten erhalten, sodas auch nach dem Zustandekommen derselben noch 800 bis 900 Personen obdachlos bleiben müßten.

Gewerkchaftliches.

Am die Schneider und Schneiderinnen! Da wiederholt Lohnreduzierungen vorgekommen sind, namentlich in den kaufmännischen und besseren Maßgeschäften, hat die Agitationskommission, um weiteres festzuhalten, zum Donnerstag, den 11. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, eine Vertikals- und Geschäftsdelegierten-Sitzung bei Freygang, Schäferstr. 18/19, einberufen, wozu alle in der Maßschneiderei beschäftigten Kollegen und Kolleginnen eingeladen sind. Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlin.

Ein Streik von Berichterstattern. Die Berichterstatter sämtlicher Zeitungen in Halle a. S. haben ihre Tätigkeit in der Stadtverordneten-Sitzung eingestellt, nachdem man über ihr Gesuch, ihnen andere Plätze anzuweisen zu wollen, zur Tagesordnung übergegangen war. In der betreffenden Eingabe war das schlechte, die Augen ruinierende Licht moniert. Die Berichterstatter haben ihren Platz auf der Gallerie und erhalten das Licht von einem Kronleuchter, der tiefer hängt, als ihr Standpunkt. Dadurch wurden sie einseitig geblendet, andererseits aber hatten sie auch ein ganz mangelhaftes Licht auf ihrem Tisch. Die berechtigten Forderungen, die von allen Zeitungen gestellt waren, wurden abgelehnt, worauf die Berichterstatter den Saal verließen.

Veranstaltungen.

Die Freie Vereinigung der Bauanschläger hielt am 30. September bei Köllig, Neue Friedrichstraße, ihre Monatsversammlung ab. In derselben referierte Genosse Faber über „Gewerbegerichtliches“. Der Redner erläuterte zum besseren Verständnis einzelne Verhandlungen und führte aus, daß die Vorstehenden stets mehr auf den Arbeitnehmer als auf den Arbeitgeber einzuwirken suchen. Redner gab den Anwesenden den Rath, in Streikfällen sich je nicht auf Vergleiche einzulassen, sondern einen Kammertermin zu beantragen. Betreffs der Jugendvernehmung sollten die Kollegen, wenn irgend möglich, nicht die Werkführer oder andere Unternehmer vorschlagen. In der Diskussion über diesen Vortrag erhielt Nisch (Einfeder) das Wort. Redner kritisierte das Gebahren der Arbeitgeber im Pausch, die sich von den Beiträgen zur Kranken- und Altersversicherung auf eine ganz unanständige, betrügerische Weise befreien. Hieraus macht Kochmann der Versammlung noch bekannt, daß in Gemeinschaft mit dem alten Verein ein Lohnratz ausgearbeitet sei, und werde zur Besprechung und weiteren Beschlußfassung am Sonntag, 14. Oktober, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Bauanschläger stattfinden. Sodann bewilligte die Versammlung auf Antrag Kochmann einen Beitrag von 10 Mark für die Gewerkschaftskommission.

Der Verband deutscher Zimmerleute hielt am 3. Oktober seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Ehrenberg, Amnenstr. 16, ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen Limm über Arbeiterausgehende und Gewerkschaftsbewegung. Hieran schloß sich eine rege Diskussion im Sinne des Referats. Sodann stand die Wahl eines Bezirkskassiers für den Norden zur Erledigung, mit welchem Amt der Kollege Weich beauftragt wurde. Nächst gab bekannt, daß der Bibliothekar Kögel seines Amtes enthoben sei und der Kamerad Fauman an das Amt übernommen habe. Eine rege Debatte rief der Antrag Wünsche hervor, betreffs der Ausbringung der Gelder für die Öffentlichkeit. Schließlich wurde gegen eine Stimme folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung ist nicht gewillt aus der Lokalkasse Geld zu bewilligen für die Öffentlichkeit, da dieses Sache der Öffentlichkeit ist, jedoch werden die Anwesenden, falls der Vertrauensmann mit Sammlungen an die Mitglieder herantritt, recht gerne dafür eintreten.“ Beschlossen wurde noch, die Mitglieder-Versammlung von jetzt ab um 8 1/2 Uhr zu eröffnen.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband (Verwaltung Berlin O) hielt am 7. Oktober eine gut besuchte Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen die Berichte über das dritte Quartal. Aus dem Rapport ist zu ersehen, daß die Gesamteinnahmen 828,15 M. betragen, die Ausgaben belaufen sich für die Hauptkasse auf 454,01 M., für die Lokalverwaltung (Agitations- und Verwaltungskosten am Orte) 166,71 M., zusammen 620,72 M., bleibt ein Kassensaldo von 207,43 M. Die Verwaltung hatte am Schluß des vorigen Quartals 331 männliche und 4 weibliche Mitglieder. Neuzugänge im 3. Quartal 192 männl., 1 weibl., zugereist 51 männl., abgereist 57 männl., bleibt Bestand 457 männl., 5 weibl. Mitglieder. Nachdem der Bevollmächtigte den Bericht über die Tätigkeit der Verwaltungstabelle gegeben, wird seitens der Versammlung die Frage angeregt, ob diejenigen Kollegen, die f. B. als Streikbrecher bei der Firma Groß u. Graf eingetreten sind, in den Verband aufgenommen werden dürfen. In der Diskussion wird im allgemeinen die Ansicht vertreten, daß denjenigen Streikbrechern, die organisiert gewesen seien, und daher mit vollem Bewußtsein gegen die Interessen der Organisation gehandelt hätten, auf Grund des § 3 Abs. 7 a des Statuts die Aufnahme verweigert werden müsse, daß aber kein Grund vorläge, die aus Indifferentismus oder Gleichgültigkeit zu Streikbrechern gewordenen Kollegen dadurch für alle Zukunft in die Organisation zu pressen, daß man ihnen den Beitritt in die Organisation und damit die Gelegenheit zur Aufklärung verweigere. Doch soll die Organisation bei solchen Aufnahmen von Fall zu Fall entscheiden. Die prinzipielle Entscheidung hierüber soll in der nächsten allgemeinen Mitglieder-Versammlung sämtlicher Verwaltungsstellen erfolgen. Die erfolgte Aufnahme eines der in Frage kommenden Kollegen wird von der Versammlung sanktioniert. Sodann wird ein Antrag angenommen, wonach an den zukünftigen Generalversammlungen nur Mitglieder teilnehmen dürfen. Die regelmäßigen Versammlungen, in denen Gäste Zutritt haben, sollen aber durch die Generalversammlungen nicht beeinträchtigt werden. Die Ortsverwaltung wird kommenden Winter eine planmäßige Besichtigung der hiesigen Museen veranstalten.

In einer öffentlichen Versammlung der Steinarbeiter am vorigen Sonntag referierte Genosse Jahn über „Die Entwicklung des Kapitalismus und die Ursachen der Arbeitslosigkeit“. Redner wies nach, daß trotz des Ueberschusses an Kapitalien wie fast allen Produkten auf dem gesammten Weltmarkt und besonders in Anbetracht der niedrigen Getreidepreise, eine solche Arbeitslosigkeit in allen Berufszweigen undenkbar wäre, wenn die Arbeiter die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit und Verfeinerung der privatkapitalistischen Produktionsweise einsehen würden. In der Diskussion wünscht Ablecker, daß es angebracht wäre, bei der städtischen Deputation einmal anzufragen, wie es komme, daß zum Beispiel gegen 150 Steinarbeiter, zumest auf städtischen Bauten bisher beschäftigt, entlassen worden sind, während doch genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden sei, die Bauten bezw. Arbeiten brauchten nur ausgeführt resp. fertiggestellt zu werden. Der Kassierer Kollege Buchmann verliest hierauf den Kassensbericht. Derselbe ergibt: Bestand Februar 1012,18 M., Einnahmen 947,55 M., Ausgaben 1774,75 M., mithin Gesamteinnahme: 3349,98 M. Ausgabe, darunter für die ausgescherrten Brauer 110 M., für die Streikenden in Streichen 500 M., zusammen 2120,81 M. Dazu für Geschäftsleitung 368,55 M., bleibt Bestand 1875,82 M. Auf Wunsch der Revisoren Müller und Schach verliest der Kassierer die einzelnen Listen. Paulikat wünscht jedermalige Gesamt-Abrechnung über die Marken. Eine rege Diskussion, an welcher sich die Kollegen Schmitz, Bauer, Paulikat, Buchmann u. a. beteiligten, entspann sich über die ungenaue Ab-

rechnung der Vertrauensmänner, demzufolge ein Antrag: Vertagung der Abrechnung und nochmalige Einberufung einer Platzvertreter-Sitzung bebüß genauer Prüfung einstimmig angenommen wurde. Desgleichen ein Antrag: einem älteren, invalide gewordenen Kollegen eine Unterstützung in Form einer Demnächst zu veranstaltenden Kollekte zu gewähren. Dem Kollegen Bluhm wird ebenfalls Rechtsschutz auf Kosten des Vereins gewährt. Zum Schluß wurde angefaßt der großen Arbeitslosigkeit im Gewerbe ein Antrag angenommen, in nächster Zeit eine Arbeitslosen-Versammlung einzuberufen.

In einer Versammlung der Kupferschmiede, die am 7. Oktober tagte, referierte Genosse Mattutat in einem recht beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Harmonisierung der Interessen und Klassenbewußtsein.“ Den nächsten Gegenstand der Erörterung bildete der Bericht über den Dispositionsfonds, dessen Kassensaldo 788,27 M. beträgt. Ein Antrag, der Kommission zur Verwaltung des Fonds die Befugnis zu erteilen, für besondere Zwecke Beträge bis zu 10 M. eigenmächtig zu verwenden, wird angenommen. Nachdem zur Revision der vorliegenden Abrechnung die Wahl von 8 Revisoren erfolgt war, erstattet der Delegierte zur Gewerkschaftskommission Bericht, bezgl. der Revisoren zum Gewerbegericht. In den Unkosten der Gewerbegerichtswahlen bewilligt die Versammlung 10 M. Nachdem noch bekannt gemacht, daß am 10. November ein vom Gefangenenverein veranstaltetes Kränzchen stattfindet, erfolgt der Schluß der Versammlung.

Die öffentliche Versammlung der in der Posa- menten-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche einberufen von der Agitationskommission, am 8. d. M., tagte, beschäftigte sich mit der Erledigung einer ziemlich reichhaltigen Tagesordnung. Zur Besprechung stand als erster Punkt: „Unsere Lage.“ Die diesbezügliche Schilderung des Referenten ließ die Arbeiterverhältnisse in der Posaumenten-Industrie nicht als besonders gute erscheinen. Durch einen Streik sei zwar, nach Darlegung des Redners, der frühere Wochenlohn von 18 M. auf 24 M. erhöht worden. Die Lage der Arbeiter habe sich dadurch indessen keineswegs gebessert, denn die Saison sei immer kürzer, die Pausen dagegen länger geworden, so daß sich der Jahres-Durchschnittsverdienst womöglich noch niedriger stelle als vor dem Streik. Auch der Akkordarbeit, der durch den Streik durchgeföhrt worden sei, werde heute nur in den allerwenigsten Werkstätten noch bezahlt. Die Lohnbrückerie greiffe und leiste besonders die Firmen Plüschke und Köstermann und Jarinzanski hierin großes. Naturgemäß seien infolge der Lohnkürzungen die Arbeitsleistungen gesteigert worden, um den Lohnausfall wieder einzubringen. Entsprechend der gedrückten Arbeitsverhältnisse sei auch die Behandlung der Arbeiter eine höchst unangenehme. Allen solchen Uebergriffen gegenüber wünschte Referent mehr mutvolles persönliches Eintreten der Kollegen und Anschluß an die Organisation. In der folgenden Diskussion wurde die Verbertheit der Akkordarbeit, die Nothwendigkeit der Organisation und die Mitthineinziehung der Arbeiterinnen in dieselbe hervorgehoben. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Mißstände in einzelnen Werkstätten und wurde hier besonders des Herrn Stadtverordneten Plüschke nochmals in wenig rühmlicher Weise Erwähnung gethan. Die Höhe sollen dort durchaus unannehmliche sein und die Bechlinge besser beschäftigt werden als die Gehilfen. Der Referent resümirte im Einverständnis mit der Versammlung die gegessenen Erörterungen dahin: die verammelten Posaumentenarbeiter erkennen an, daß der Anschluß an die Gewerkschaft ein unbedingt Erforderliches ist, um eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuföhren. Die Versammlung erachtet es aber ebenso sehr für die Pflicht eines jeden einzelnen, etwaigen Uebergriffen der Unternehmer mit aller Energie entgegenzutreten. Der Bericht über den Referatsfonds mußte vertagt werden, da die Abrechnung für das letzte Vierteljahr noch nicht fertig gestellt werden konnte. Selbstig beklagt wurde die Theilnahmlosigkeit der Kollegschaft den Sammlungen zum Referatsfonds gegenüber. Als Kassierer des Referatsfonds wurde Schubert weiterhin beauftragt. Da gerichtsfertig Kommissionen für einen Verein erklärt worden sind, so beschloß die Versammlung, an Stelle der bisherigen Agitationskommission nur einen Vertrauensmann zu setzen und wählte dieselbe als solchen den Kollegen Mahle. Im Anschluß hieran fand eine Erörterung der Frage betreffend die Vertretung in der Gewerkschaftskommission statt. Der Antrag des Delegierten aus der Gewerkschaftskommission erfolgte aus finanziellen Rücksichten. Der Antrag auf Neuentritt in die Gewerkschaftskommission erfolgte aus dem Grunde, weil die Einrichtungen der Kommission (Gewerkschafts-Bureau etc.) als sehr zweckdienlich erkannt wurden. Das Resultat der Verhandlungen war der Beschluß, wiederum einen Vertreter in die Gewerkschaftskommission zu entsenden. Die Kosten für die Gewerkschaftskommission wie auch für Agitation sollen aus dem Referatsfonds gedeckt werden. Kollege Georg Berger wurde zum Delegierten erwählt.

Literarisches.

Minna Kautsky. Helena. Roman in drei Bänden. Stuttgart, J. G. D. Dieck, 379 S. 8.

Dieser unseren Lesern aus dem Abdruck im „Vorwärts“ bekannte Roman ist soeben in trefflicher Ausstattung im Dieck'schen Verlage in Stuttgart erschienen. Wir glauben, daß die Ankündigung der Buchausgabe des Romans so manchem lieb sein wird, der das Werk, das er durch den Abdruck in unserem Blatte liebgewonnen hat, nun auch gern in Buchform besitzen will.

Gläublicher. Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt. Nr. 218. Preis 10 Pf. pro Nummer. Generalvertrieb für Deutschland Buchhandlung des „Vorwärts“, Berlin.

Die neueste Nummer bringt u. a. ein treffliches Vorbild über den Berliner Bierbock mit den entsprechenden Knüttelversen und karrikirt auf der letzten Seite die „Verminderung des Gewichtes der Militärausrüstung“, die für Michel trotzdem immer drückender wird.

Der deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender für 1895 ist dieser Tage erschienen. Die willkommene Gabe aus dem Verlag von Börslein u. Co. in Nürnberg repräsentirt sich diesmal äußerlich bedeutend vortheilhafter als bisher. Ein fester Bändchen-Einband umhüllt den Kalender und sein Inhalt ist auf sein satiniertes Papier gedruckt; keine Spur mehr von dem rauh-proletarierhaften Kleide, in dem er in früheren Jahren unter das arbeitende Volk ging. Aber auch sein innerer Werth hat sich in manchen Dingen gehoben. Der Geschichtskalender jedes Monats hat ein apartes Blatt für sich gefunden und statt der todten Geseftesparagraphe sind sich mehrfach klar und verständlich geschriebene Erläuterungen der Geseftes, die den Arbeiter besonders angehen. Wir nennen hier die Abhandlung über die Alters- und Invalidenrenten, die bereits im vorigen Jahr erschienene Tabelle zur Berechnung der Altersrente, die Ausgabe aus dem Gerichtslohnengesetz, die Lohn- und Multiplikationstabellen, sowie besonders die Anleitung zur gewerblichen Buchführung, die dem Kleinhandwerker von großem Nutzen sein wird. Im Geseftes enthält der Kalender verzeichnet das Geseftes betr. die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften, sowie das Geseftes betr. die Abzahlungsgeseftes. Wir wünschen dem Börslein, daß es sich bei seinem billigen Preis von 50 Pf. für die einfache und 75 Pf. für die Taschenausgabe zu den alten Freunden manche neue erwerben möge.

Eingelaufene Druckschriften.

Glücklicher Postillon. Die seiner Zeit konhärtige Waisel-Nummer mußte wieder freigegeben werden. Da jedoch der Gerichtshof, trotz des „Wichtigkeits“ launenden Wabrbruchs der Geseftes, in dem Waisel und Gedicht „Fin de siècle“ einen strafbaren Inhalt erblickte, so räumte derselbe auf Unentschiedenheit dieses Theils der Nr. 9. Die betreffende Seite wurde schwarz überdrückt und in diesem Zustande dem Verlage wieder zurückgegeben. Diese Nummer bietet ein äußerst interessantes Belegstück zum Kapitel Freiheit in Deutschland und verdient nicht, die Genossen auf diese Nummer besonders aufmerksam zu machen.

Poltho-Gesetz. Heft 15, herausgegeben von Emanuel Barm, Verlag von Börslein u. Comp., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel: Berufsorganisationen (Handelstammern, Handelslag, Gewerbevereine, Handwerksvereine, Bundes-Oekonomie-Kollegium, Deutscher Landwirtschaftsrath, Landwirtschaftskammern, Volkswirtschaftsrath, Staatsrath), Berufshilfen (mit Tabellen über die Deutsche u. vom 8. Juni 1892; die u. in Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Frankreich, England, Ser. Staaten), Berufshilfen, Bevölkerungsbewegung (mit Tabellen über Geburten und Todesfälle, Wachsthum der u. Altersverteilung), Bevölkerungswanderungen (Innere Wanderungen, Auswanderungen, Auswanderungsgeseftes, Uebel, Uebel, Uebel, Inhabungsangaben mit statistisch-ethnologischen Erörterungen). — Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Heft-Verzeichnis kann durch jede Postanstalt bezogen werden. — In den deutschen Post-Verzeichnissen unter Nr. 6879 (u. Nachtrag), im bayerischen Post-Verzeichnis unter Nr. 7004 (Nr. 27 des 3. H.) eingetragen.

Helen. Roman in 3 Bänden von Minna Kautsky. Stuttgart, Verlag von J. G. D. Dieck.

Das seltsame Hebel und die christliche Ehr. Von einem deutschen Zoologen. Berlin N.W., Verlag von H. G. B.

Vermischtes.

Ein fessamer Streik ist in Sofia ausgebrochen. In der Gewerkschule Ouejovo-Sofia streikten sämtliche Schüler wegen Mangel an wissenschaftlicher Belehrung. Die Direktion der Schule machte bekannt, daß nunmehr ohne Buch gelehrt wird, worauf die Einstellung des Besuchs der Anstalt erfolgte. 24 der Schüler wurden verhaftet und die anderen aus den Anstaltswohnungen durch Polizei hinaudgetrieben. 50 Schüler erhielten im Privatlokale des „Allgemeinen Arbeiter-Bildungsvereins“ Unterricht.

Heber ein neu entdecktes Gas wird der „Nord. Allgem. Zeitung“ geschrieben: Bekanntlich ist unsere atmosphärische Luft ein Gemenge von 78,24 Volumprozenten Sauerstoff, 20,80 pCt. Sauerstoff, 0,93 pCt. Wasserdampf, 0,93 pCt. Kohlenwasser (durchschnittlich für Mitteleuropa). Entzieht man der Luft den Sauerstoff, so erhält man den atmosphärischen Stickstoff, den man auch aus seinen Verbindungen, z. B. mit Halogenen, herstellen kann. Bei derartigen Versuchen fand der englische Physiker Lord Rayleigh vor Kurzem, daß die Dichten des so auf beide Arten gewonnenen Stickstoffs nicht übereinstimmen, sondern bis 0,5 pCt. von einander abweichen. Nach genaueren Versuchen gelang es nun den Herren Lord Rayleigh und Ramsay, den atmosphärischen Stickstoff in zwei Theile zu zerlegen, in den chemischen Stickstoff und in einen neuen Bestandtheil größerer Dichte. Die Herstellung dieses bisher unbekanntes Gases geschah einmal auf elektrischem Wege, durch Ferschnung von Luft durch den elektrischen Strom, welche schließlich ein Gas übrig ließ, das nach spektroskopischen Untersuchungen kein Stickstoff sein konnte, auch die zweite Methode, auf chemischem Wege durch Entfernen von Sauerstoff und Stickstoff aus der Luft das neue Gas darzustellen, ergab, daß es bis 1 pCt. des Stickstoffes unferer Atmosphäre ausmachen kann. Ferner besitzt es die Eigenschaft, unter keinem noch so hohen Druck bei gewöhnlicher Temperatur flüssig zu werden. Nach Herrn Dewar zeigt sich indessen das Gas bereits beim Verflüchtigen gewöhnlicher Luft. Bei einer Temperatur von -200 Grad Celsius geht die Luft in den flüssigen Zustand über. Es findet sich nun in flüssiger Luft stets ein weißer, fester Niederschlag, der neben fester Kohlenwasser möglicherweise auch das neue Gas enthält; jedenfalls zeigt sich der Niederschlag stets trotz sorgfältigster vorhergehender Reinigung der Luft. Nach Dewar ist der Körper kein neues Element, sondern nur eine allotrope Form des Stickstoffes; er steht also in demselben Verhältnis zu diesem, wie der Ozon zum Sauerstoff. Ebenso wie der Ozon aus 3 Atomen Sauerstoff besteht, so kann man sich das Gasmolekül aus 8 Atomen Stickstoff bestehend vorstellen, zumal auch die bisher gemessene Dichte, 19-20 (in Einheiten der Wasserstoffdichte), sehr gut mit dieser Theorie übereinstimmen würde. Ob das Gas nun thatsächlich in der Atmosphäre vorhanden oder erst während der chemischen Behandlung des Stickstoffes entstanden ist, muß vorläufig noch als unentschieden dahingestellt werden.

Der Goetheforscher. Um Witternacht, wenn schon der Dahn - Verkündet, daß ein Tag beginnt, - Sieht noch der Herr Professor nach - Am Schreibeputz, und forscht und stinnt. - Erlöschen ist im Ofen längst - Die letzte Gluth, er merkt es nicht; - Die Lampe flackert herbenstimm, - Ihm leuchtet inn'res Geisteslicht. - Er forscht und stinnt. Auswendig weiß - Er längst den ganzen Faust; er schrieb - Dazu den besten Kommentar, - Und doch ein Punkt noch dunkel blieb. - Hätt' er den Punkt noch klar gestellt, - Er dankte sich im Paradies: - „Die Goethen, Faust's Geliebte, nur - Mit ihrem Vatersnamen hieß!“

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die Sprechstunde in Rechtsangelegenheiten findet von 12 bis 1 Uhr statt. **N. M. 103.** 1. In 30 Jahren. 2. Ausnahmen an den gesetzlichen Sonntagsruhe-Bestimmungen gelten in der Ausdehnung wie sie gegeben sind.

G. V. 1. Ja. 2. Vor zwei Tagen unter Schr. beantwortet. **H. D.** Nach dem Impfungsgeseftes werden Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, deren Kinder oder Pflegebefohlene ohne gesetzlichen Grund und trotz erfolgter mütterlicher Aufforderung der Impfung oder der ihr folgenden Bestellung entzogen geblieben sind, mit Geldstrafe bis zu 50 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. 2. Das andere ist nicht eingegangen.

Karl St., Waldemarstr. 65. Kann redaktionell nicht aufgenommen werden. Wollen Sie es vielleicht als Inserat der Expedition zuzenden.

Zwinnmüllerstr. 47. Dichter und Komponist der französischen Marschmusik war der Ingenieuroffizier Rouze de l'Isle in Straßburg.

G. J., Rixdorf. Nein.

N. 2. 1. Nein. 2. Ja unter G. S. 45 beantwortet. **97.** Mit einem Antrage an die Staatsanwaltschaft würden Sie kaum durchbringen. Kosten verursacht der Versuch nicht. Der Erhebung der Privatklage muß der Sühnetermin vorausgehen.

G. N. 12. 1. Beim Konsulat. 2. Am 15. zum Festen. **G. G. 88.** Verjährung ist nicht eingetreten. **L. Thor.** Ist leider verjährt. **100.** Sie müssen schleunigst durch den Vormund gegen den Leugner klagen lassen.

H. D. Er hat Antheil.

Fritz Schmidt, Friedberg. Ist bereits in Nr. 233 unseres Blattes vom 8. Oktober zum Abdruck gekommen.

N. P., Gubenstraße. Ihr Aufsatz gehört in die „Müllerzeitung“, Verlag H. A. Stapf, Deildrona.

Paul. Unter die Semiten sind außer den Juden, die Phönizier, Karthager, Ägypter, Babylonier, die Bewohner Syriens, Araber, Aethioper und andere Volksstämme zu rechnen. Die Semiten bilden, wie die Indogermanen, einen der großen Sprachstämme, die Indier bilden einen Zweig des semitischen, wie die Deutschen einen Zweig des indogermanischen Sprachstammes.

N. N. Wie wiederholt mitgeteilt, müssen Sie als Zeuge die Frage, ob Sie bestraft sind, wahrheitsgemäß beantworten. Wünschen Sie, daß nach der alten für die zur Verhandlung stehende Sache einflusslosen Befragung nicht gefragt werde, so erreichen Sie die Erfüllung Ihres Wunsches dadurch am sichersten, daß Sie dem Gericht vorher dieselbe mit dem Ersuchen schriftlich mitteilen, Sie nach dieser Strafe nicht öffentlich befragen zu wollen.

446. Wer vorsätzlich oder widerrechtlich einen Menschen einsperrt oder auf andere Weise des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und, wenn die Freiheitsentziehung über eine Woche gedauert hat, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren nach § 239 des Str.-G.-B. zu bestrafen.

D. S. 45. 1. Einem außerehelich erzeugten Kinde steht in Berlin nur dann ein Erbrechtsanspruch gegen seinen Erzeuger zu, wenn dieser die Vaterschaft in öffentlicher Urkunde anerkannt hat oder zum Anerkennungsurteil verurteilt ist, sowie ohne Testament und ohne eheliche Nachkommen verstorben ist. 2. Nein.

C. B. 61. Ein gesetzliches Hinderniß existirt auch für einen Juden nicht, Offizier zu werden. Ob ungetaufte Juden thätlich hier oder da Offiziere geworden sind, ist und ebenso Schnuppe wie unbekannt.

Schr. Ein wechselseitiges Testament muß, um gültig zu sein, wie jedes andere Testament bei Gericht niedergelegt werden. Etwa folgende Form wäre zu empfehlen: „Wir (Namen der Eheleute) sehen uns einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen) sowie diejenigen Kinder, die uns etwa noch geboren werden, mit der Mahgabe ein, daß der Ueberlebende von uns die von aller Aufsicht und Rechnungslegung befreite Verwaltung unseres beiderseitigen Vermögens bis zu seinem Tode behält und berechtigt ist, unter Lebenden über die Substanz zu verfügen. Was nach dem Tode des Ueberlebenden übrig bleibt, theilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Für den Fall einer Wiederverheirathung des Ueberlebenden hat Aus-einanderziehung nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfolgen.“

P. M. 21. Sie können vom Wirth Herausgabe der Sachen verlangen, die dem Pfandrecht des Gläubigers entzogen sind:

nach dem 1. 10. 1894 steht keinem Wirth ein Recht auf Retention oder Pfändung an solchen Sachen zu. Solche Sachen, die der Pfändung nicht unterworfen sind, sind insbesondere: 1) die Kleidungsstücke, die Betten, das Haus- und Küchengerath, die Heiz- und Kochöfen, soweit diese Gegenstände für den Schuldner und sein Gefinde unentbehrlich sind, 2) die für den Schuldner, seine Familie und sein Gefinde auf zwei Wochen erforderlichen Nahrungsmittel, 3) bei Künstlern, Handwerkern, Hand- und Fabrikarbeitern, sowie bei Hebammen die zur persönlichen Ausübung des Berufs unentbehrlichen Gegenstände, 4) die zum Betriebe einer Apotheke unentbehrlichen Geräthe, Gefäße und Waaren, 5) die Bücher, welche zum Gebrauch des Schuldners und seiner Familie, in der Schule oder Kirche bestimmt sind, 6) eine Milchkuh oder nach der Wahl des Schuldners statt einer solchen 2 Ziegen oder 2 Schafe nebst den zum Unterhalt und zur Streu für dieselben auf 2 Wochen erforderlichen Mitteln, sofern diese Thiere für die Ernährung des Schuldners, seiner Familie und seines Gefindes unentbehrlich sind.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 11. Oktober. Opernhaus. Zar und Zimmermann. Schauspielhaus. Schule der Frauen. Der Geizige.

Leistung-Theater. Madame Sans-Gêne.

Deutsches Theater. Die Weber.

Berliner Theater. Niobe.

Schiller-Theater. Der Meineidbauer.

Neues Theater. Doppelfelbthum.

Vorher: Der Geigenmacher von Cremona.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

Der Vogelbändler.

Residenz-Theater. Demi-Monde.

Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt.

Bellevue-Theater. König Krause.

Adolph Ernst-Theater. Lolotte's 28 Tage.

Central-Theater. O! diese Berliner!

Alexanderplatz-Theater. Die Räuber.

National-Theater. Robert und Bertram.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Wallner-Theaterstrasse.

Donnerstag, 11. Oktober, Abends 8 Uhr:

Der Meineidbauer.

Freitag, 12. Oktober, Abends 8 Uhr:

Der Meineidbauer.

Sonntag, 13. Oktbr., Abends 8 Uhr:

Der Meineidbauer.

Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 3 Uhr:

Der Meineidbauer.

Abds. 8 Uhr: Der Weidenkessler.

Dichter-Abende im Bürgercafé des Rathhauses Abends 7 1/2 Uhr: Auf Wunsch: Wilh. Müller-Abend.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Vorletztes Gaspispieler Lilliputaner, der berühmten sieben Zwerge mit eigener vollständiger Theater-Gesellschaft.

Robert und Bertram

oder

Die lustigen Vagabunden.

Große Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten (5 Bildern).

Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Morgen: Letztes Gaspispieler Lilliputaner. Robert und Bertram.

Sonabend: Zum 1. Male:

Der Raub der Helena.

Große Poffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Karl Peters.

Adolph Ernst-Theater

Zum 24. Male:

Lolotte's 28 Tage.

Gesangspoffe in 3 Akten v. H. Raymond u. A. Mars. Musik v. Viktor Roge.

(Novität.)

Die neuen Dekorationen sind aus dem Atelier des Herrn Lalkomayer in Koburg. In Szene gesetzt v. Ad. Ernst.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.

Direktion: Richard Schulz.

Emil Thomas a. G.

Anna Bäckers. Josefine Dora.

Zum 37. Male:

O! diese Berliner!

Große Poffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund.

Musik von Jul. Einödshofer.

Raffensöffnung 6 1/2 Uhr.

Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

Alcazar

Vandeville- u. Variété-Theater
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).

Der Bombardier im Feuer!

Poffe mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.

Auftreten der weltberühmten Kraft-Gladiatoren Mr. Meunier und Miss Josephine in ihren außerordentl. Leistungen.

Entree 20 Pf. Refecto. Platz 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.

R. Winkler.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali

der größte Mensch der Welt.

Prinzess Topase

das kleinste Menschenkind.

Mexikanische Riesen-Cacteen

in noch nie gesehener Größe.

„Sanssouci“

Rottbuscherstraße 1a.

Jeden Sonntag und Donnerstag:

Stettiner Sänger

(Moysel, Häckel, Pitro, Britton, Eberius, Steidl und Blank).

Anfang Sonntags 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. (nur für die Wochentage gültig) sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von Reßler, Rottbuscherplatz, zu haben.

Stets wechselndes, amüsantes Programm.

Circus Renz

Carlstrasse.

Donnerstag, den 11. Oktober 1894, Abends 7 1/2 Uhr:

Auf auf zur frühlichen Jagd.

Großartiger Wagen-Korso, drei Viererjüge, darunter 2 Mailcoaches, Parforce- und Gascadenritt.

Außerdem: Der ostpreussische Heugt Edinburgh, vorgef. von Herrn R. Renz. Schulquadrille, geritten von 8 Herren. Das Schulpferd Mikado und das Springpferd Blitz, geritten von Frau Renz Stark. Die Reitkünstlerin Fräulein Mathilde Renz. Der Esel als Kunstreiter. Die berühmten Lustgymnasten Gebr. Wortley u. f. w.

Freitag: Auf auf zur frühlichen Jagd. Sonntag, 12 1/2 Uhr:

Grosse Matinée

Ermäßigte Preise.

Fr. Renz, Kommissionsrath.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins. (Eing. Hilfsk. No. 50.)

Sonntag, den 21. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feindt, Weinstraße Nr. 11:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung vom 3. Quartal 1894.
2. Revisorenwahl.
3. Geschäftliche Mittheilungen.

164/2 Der Vorstand.

Seeden erschien: 291b

Berliner Arbeiter-Kalender.

Erster Jahrgang. Vier Bogen.

Preis 15 Pfennig.

Händler erhalten hohen Rabatt. Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungsdepotäre, sowie vom Verleger

Th. Mayhofer Nachf., Berlin N., Weinbergsweg 15 b.

Passage-Panopticum.



51 wilde Weiber aus Dahomey.

Die Hexenschantel, neueste Illusion.

Ich habe mich in Charlottenburg, Berlinerstr. 102, als Spezialarzt für Augen-Krankheiten niedergelassen. Privatprechst., auch für Mitglieder von Kassen mit freier Arztwahl, täglich 11-1. Poliklinik für Unbemittelte 1-2.

Dr. Richard Sussmann.

Alte Jakobstr. 48 a. empfiehlt seine Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen. Sonnabend, der 24. November und der 1. Dezbr. sind zu vergeben.

Deigmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48 a.

Mehlhandlung L. Brachvogel, Mantuffelstr. 75.

Neue, ganz vorzüglich leckende Hülsenfrüchte sind eingetroffen und empfehle dieselben zu nachstehenden billigsten Preisen:

Geschälte Erbsen	à Pfd.	20 Pf.
Viktoria-Erbsen	„	15 „
Kocherbsen	„	15 „
Große Binsen	„	30 „
Mittellinsen	„	— „
Kleine Binsen, sehr empfohlen	„	20 „
Große Salatbohnen	„	20 „
Mittel-Langbohnen	„	15 „
Kleine Rundbohnen	„	12 „

Gebr. Kreisfäde w. z. kaufen gesucht. G. Rothkopf, Landsberger-Allee 44, S. 1.

Blumenhandlung P. Abromeit, Glückerstraße 69, Berlin SW. 55472.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.

Billigste (Marktthalen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Säle zu Versamml. u. Festlichk., auch Sonntags. Oranienstr. 180. 40b

Vereinszim., 50-100 Pers., Tiedstr. 20.

Gr. Vereinszimmer Neue Hochstr. 49

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben Reichenerstraße 19.

Arbeitsmarkt.

Gärtler als Monteur f. Bronzegeh. und Radelaber gef. von F. Jörn, Färststr. 5. 292b

Jüngeren Kartonnagen-Zuschneider verl. bei 16 Mk. Wochenlohn Behndt, Müllerstr. 179a. 295b

Tischlergeselle lauf Anziehtische und einer auf Kundenarbeit verl. Turban, Brunenwaldstr. 122, Schöneberg. 300b

Wams. auf Knabenanz. Mantuffelstr. 43 im Laden.

Farbigmacher verlangt Rathenber. Friedenstr. 10. 276b

Les- und Diskutir-Klub „Süd-Ost“.

Donnerstag, den 11. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Vortrag des Genossen Körsten.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

160/8 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Lohgerber und Lederzurichter Berlins.

Sonntag, den 13. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feindt, Weinstraße 11:

Quartals-Versammlung.

161/4 Der Vorstand.

Unsere Poliklinik für Unbemittelte, sowie die Sprechstunden für Mitglieder der Krankenkassen mit freier Arztwahl befinden sich jetzt

152M

Reinickendorferstr. 2F, am Weddingplatz.

Dr. Jacobsohn, Dr. Zepler,

für Nervenkrankte, täglich 10 1/2-12. für Frauenkrankheiten tägl. 12 1/2-2.

Rathenower Exportbierbrauerei-Niederlage

Inhaber: Max Dennhardt. 296b

Offerte von heute ab unser Lagerbier in bester abgelagerter Qualität per Hektoliter, incl. Spundgeld 16,50 M.

Münchener und Pilsener zum bisherigen Preise.

Telephon Amt III 8178. Berlin NW., Hannoverische Straße 18a.

Ein Appell an alle Menschenfreunde.

Unföhlliches Leid bringt der Würgengel der Diphtheritis über die Menschheit. So unerträglich auch die Wissenschaft gegen diese verheerende Krankheit angekämpft hat, so schwach und unbefriedigend waren bisher die Resultate dieses Kampfes. Viele Mittel tauchten auf — eines nach dem andern erwies sich als trägerische Foffnung. Erst in allerneuester Zeit ist in Gestalt des

Diphtheritis-Heilserum

ein Mittel entdeckt worden, welches, in den ersten Stadien dieser furchtbaren Krankheit angewendet, nach den bisherigen hocherfreulichen klinischen Erfahrungen Rettung zu bringen im Stande ist. Ein Uebelstand aber begleitet zunächst noch diese Entdeckung: die große Kostspieligkeit des Heilserums, welche für unbemittelte Patienten die Anwendung des neuen, anscheinend so segensreichen Heilmittels auf's Höchste erschwert.

Hier ist eine Gelegenheit gegeben, wo die warmherzige Nächstenliebe, welche die Berliner Bevölkerung von jeher ausgezeichnet hat, sich glänzend bethätigen, reichen Segen, unaussprechliches Glück stiften kann.

Es gilt, auch den Kernsten die Möglichkeit zu verschaffen, sich in Diphtheritisfällen auf ärztliche Anordnung hin in den Besitz dieses Mittels zu setzen.

Eine größere Summe Geldes ist nöthig, um entsprechende Quantitäten des Diphtheritis-Serums zu

unentgeltlicher Abgabe an alle Bedürftige

zu beschaffen. Es liegt in der Absicht des Unterzeichneten, welcher hiermit den Betrag von 1000 Mark zu dieser Sammlung zeichnet, ein Komitee zu schaffen, welches, unter Hinguziehung ärztlicher Berather, die systematische Verwendung der erzielten Summe, die unentgeltliche Vertheilung des Heilserums in die Hand nimmt, so daß jeder bedürftige Einwohner Berlins, lediglich auf das Rezept seines Arztes hin, ohne jede Schwierigkeit das neue Heilmittel kostenlos erhalten kann. Von ärztlichen Autoritäten hat bereits Herr Professor Dr. Baginsky, Direktor des Kaiser und Kaiserin Friedrich Kinder-Krankenhauses, seine thätkräftige Mitwirkung zugesagt, und die Theilnahme anderer hervorragender Männer an diesem Werke der Menschenliebe steht in sicherer Aussicht.

An alle Menschenfreunde, an Alle, welche die Angst der um ihre Kinder besorgten Eltern mitfühlen, an Alle, die jemals ein geliebtes Wesen an dieser furchtbaren Krankheit verloren haben, richte ich hiernach die dringende und herzlichste Bitte, mich durch Spendung von Beiträgen zu dieser Sammlung in dem humanitären Werke zu unterstützen. Auch die geringste Gabe ist willkommen. Ueber die Beiträge, welche man mit der Bezeichnung „Heilserum“ an die „Hauptkasse des Berliner Lokal-Anzeiger, SW. Zimmerstraße 40/41“ adressiren wolle, wird im „Berliner Lokal-Anzeiger“ öffentlich Rechenschaft abgelegt werden. Auch werden demnächst Mittheilungen über die Organisirung des Liebeswerkes, von dem Keiner sich ausschließen sollte, bekannt gemacht werden.

August Scherl,
Eigentümer und Verleger des „Berliner Lokal-Anzeiger“,
SW., Zimmerstraße 40/41.

(Abdruck aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 7. Oktober 1894.)

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Gerichts-Beitrag.

Wir leben im Zeitalter der unglaublichen Gerichtspraxis. Ein solches wurde wiederum am Sonnabend von dem Schöffengericht in Dresden gefällt. Es handelte sich um Kolibabe-Verleumdung (das neueste Delikt). Angeklagt waren die Genossen Landtags-Abgeordneter Georg Horn, Milchhändler Ernst Müller und der Kunstgärtner Friedrich Richter aus Löbtau und der Künstler Schlenkig aus Weinböhlen. In dieser Verhandlung waren nicht weniger als 15 Zeugen geladen, die alle verurteilt wurden. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Jahre 1888 wurde in einer geheimen Sitzung des Löbtauer Gemeinderathes der Ankauf eines Grundstücks zu Gemeindezwecken beschlossen und der Gemeindevorstand Kolibabe beauftragt, den Kauf am anderen Morgen sofort abzuschließen. Der Gemeindevorstand wollte am andern Tage auch diesem Auftrage Folge leisten, aber zu seinem Erstaunen mußte er erfahren, daß das Grundstück schon anderweitig verkauft war. In einer späteren Gemeinderathssitzung im September 1893 kam es wieder einmal zu heftigen Ausfällen zwischen den unanständigen Gemeinderathsmitgliedern und dem Gemeindevorstand. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Kolibabe vorgeworfen, er habe seinerzeit bei der Ankauferei seine Pflicht vernachlässigt. Kolibabe führte zu seiner Rechtfertigung an, daß damals ein Verräther sein Spiel getrieben habe, und er wisse den Verräther. Da nun die Gemeinderathsmitglieder sich durch diese unbestimmte Äußerung beleidigt fühlen mußten, so drangen sie in den Gemeindevorstand, er solle den Verräther nennen. Nun soll nach den Ausführungen Horn's Kolibabe gesagt haben, Schlenkig sei der Verräther. Horn und Müller theilten dies dem Schlenkig mit und Richter veranlaßte denselben, eine Erklärung loszulassen, worin er sich gegen die angebliche Verächtlichmachung des Gemeindevorstandes verwahrte. Schlenkig ließ dann im „Löbtauer Anzeiger“ mit seiner Unterschrift ein berartiges Inserat los, welches in Löbtau eine allgemeine Aufregung verursachte. In der folgenden Gemeinderathssitzung wurde nun über den Fall wieder gesprochen und der Gemeindevorstand zur Rede gestellt. Jetzt bestritt dieser nun die ihm zur Last gelegte Verächtlichmachung und behauptete, er habe nur gesagt, Schlenkig sei der Gewährsmann für den Verräther. Um die Feststellung der damals gefallenen Äußerung drehte sich nun die ganze Beweisführung. Schlenkig wußte nun die ganze Schuld von sich abzuwälzen. Durch die Zeugenansagen wurde festgestellt, daß Kolibabe den Schlenkig nur als den Gewährsmann für den Verräther bezeichnet hätte. Wenn man nun meint, die ganze Angelegenheit sei nur eine Bagatelie, so wurde man durch das Urtheil und die eigenthümliche Begründung desselben eines Besseren belehrt. Horn und Müller waren schon mehrere Male wegen des sonderbaren Deliktes „Kolibabe-Verleumdung“ verurtheilt, und wurde deshalb Horn zu fünf Monaten und Müller zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Herrn Richter hatte man, wie der Amtsrichter Dr. Weis meinte, die besondere „Wohlthat“ angethan, und ihn „nur“ zu 300 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er nicht so oft wegen Kolibabe-Verleumdung bestraft war. Schlenkig wurde dagegen, weil er nur den Strohmann gemacht hatte, kostenlos freigesprochen. In der Urtheilsbegründung wurde betont, daß man als ganz besonders straffschärfend in Betracht gezogen habe, daß sich die Gemeinderath's-Mitglieder eine schwere Pflichtverletzung hätten zu schulden kommen lassen. (Dies war doch gar nicht Gegenstand der Anklage.) Nun, unsere Genossen werden Verurtheilung annehmen, und dürfen wir wohl annehmen, daß ein Landgericht dieses Urtheil nie und nimmer bekräftigen kann.

Ein Diebstahlprozess, zu dem achtzig Personen als Zeugen geladen waren, ist am Montag vor der I. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt worden. Angeklagt war der Handelsmann Feldheim, in unendlich vielen Fällen Bodendiebstahl ausgeführt zu haben. Er hat aus den von ihm erbrochenen Wägen und Kellern eigentlich alles mitgenommen, was transportabel erschien: Stiefel, Kleider, Mäpfe, Wein, Nahrungsmittel, Kinderwagen etc., mit den gestohlenen Gegenständen ganz offen ein Handelsgeschäft betrieben und dieselben in seiner Eigenschaft als Handelsmann an der „Judenbörse“ in der Klosterstraße verkauft. Die Einzelstrafen, die der Gerichtshof gegen den Angeklagten festsetzte, machten eine Summe von 72 Jahren Zuchthaus aus. Der Gerichtshof reduzierte dieselben auf 12 Jahre Zuchthaus. Seine Braut Auguste Böche wurde als Lehlerin zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt und darauf drei Monate auf die Untersuchungsanstalt angerechnet.

Wie in Amerika Ehen geschlossen werden, wurde in einer Verhandlung vor Augen geführt, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts I gegen den Steinmetz Friedrich Wilhelm Lindner stattfand. Derselbe war des Verbrechens der Doppeltödtung beschuldigt. Im Mai vorigen Jahres hatte der 23jährige Angeklagte Veranlassung, Frau und Kind zu verlassen und seine Person in Sicherheit zu bringen. Er reiste nach Amerika. Auf dem Dampfer lernte er die unverheiratete Amanda W in L kennen. Wie er vor Gericht erzählte, war das auf dem Dampfer angeknüpfte Verhältnis in New York fortgesetzt worden. Als seine Mittel erschöpft waren, habe die W in L ihn aufgenommen. Sie habe ihn fortwährend gebräutert, mit ihr die Ehe eingegangen, und wenn er ihr vorgehalten habe, daß er ja bereits verheiratet sei und einen Trauring trage, habe sie seine Bedenken zu zerstreuen versucht und gemeint, es werde nicht herauskommen. Am 25. Juni vor. Jahres hätten er und die W in L in Gesellschaft eines New-Yorker Barbiers und dessen Ehefrau eine Landpartie gemacht. Man habe ihn alseits zum Trinken genöthigt, in laum zurechnungsfähigem Zustande sei er gegen Abend zurückgekehrt. Wieder sei in ihn gedrungen worden, die W in L zu heirathen. Er habe eingewilligt, worauf der Barbier erklärt habe, es könne sofort in seiner Wohnung geschehen. Ein deutscher Prediger Namens Wehringer sei geholt worden. Derselbe sei im Strohhut und gelben Mantel-Beinkleidern erschienen. Er habe sich an die eine Seite des Tisches gestellt, an der anderen hätten der Angeklagte und die W in L auf Stühlen Platz genommen. Als Trauzeugen hätten der Barbier und seine Ehefrau gedient. Der Prediger habe dann eine Rede gehalten, von der der Angeklagte wenig gehört habe, er habe mit dem Reyp auf dem Tische gelegen. Ringe seien nicht gewechselt worden. Der Angeklagte habe ein Papier unterschrieben, ebenfalls die W in L und die beiden Trauzeugen und damit sei die Zeremonie beendet gewesen. Nach kurzem Zusammenleben sei er zu dem Entschluß gekommen, die zweite Frau und Amerika zu verlassen, nach Deutschland zurückzukehren und sich dem Gericht zu stellen. Er sei am 5. Mai vom Schöffengericht wegen Unterschlagung zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden und verbrähe zur Zeit diese Strafe. Der Staatsanwalt hielt es nicht für angebracht, dem Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen, er beantragte ein Jahr

Zuchthaus. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Vertheidigers, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, an, bewilligte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte auf eine Zuchthausstrafe von neun Monaten Gefängniß.

Der Restaurateur Berger erhielt eines Tages einen Brief ohne Unterschrift folgenden Inhalts: „Die 100 M. sind mir gut bekommen, jamos amüsst, nahe Selt getrunken, bitte wieder offen zu lassen.“ Die Worte konnten nur Bezug haben auf einen Diebstahl, der vor kurzem im Berger'schen Haushalte vorgekommen war. Einem der Mädchen, welches ihren Koffer für wenige Stunden offen gelassen hatte, war daraus ein Hundertmarkschein entwendet worden. Der Verdacht lenkte sich auf das Nebenmädchen Anna Richter, da ein Beweis gegen sie aber nicht zu erbringen war, begnügte man sich mit ihrer Entlassung. Durch den erwähnten Brief wurde der Verdacht wieder auf die Richter gelenkt und insofern unterkühlt, als der Schreibfachverständige begutachtete, daß der Brief von ihr geschrieben sei, welches allerdings von der Richter energisch bestritten wurde. Sie blieb auch gestern vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts bei der Behauptung ihrer Unschuld. Der Staatsanwalt hielt sie trotz des belastenden Gutachtens auch nicht für überführt, sondern beantragte ihre Freisprechung, auf welche der Gerichtshof erkannte.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Osten) hielt am 9. Oktober eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Dr. Jabel über das Thema: Die Lungenschwindsucht und die Bekämpfung derselben durch Stadt und Staat, referirte. Redner hob die außerordentlich große Zahl der Opfer hervor, welche, namentlich unter den Industriearbeitern, die Schwindsucht alljährlich fordert, obwohl die letztere heilbar sei und die Befreiung der Ansiedlung so gut wie beseitigt werden könne, wenn Staat und Kommune geeignete Maßnahmen ergreifen. Aber so lange unsere Forderung, Unentgeltlichkeit der Krankenpflege, nicht erfüllt werde, sei jene furchtbare Krankheit heilbar nur bei Renten, welche viel Geld und Zeit haben, und so lange der Staat die vielen Millionen für das Meer verwerde, könne er nicht wirksam der Entthelung der Krankheit vorbeugen. (Beifall.) Nachdem Redner auf eine Anregung in der Diskussion noch auf die gleichfalls in unserer kapitalistischen Gesellschaft zunächst wieder nur den Reichen zu gute kommende Entdeckung der Heilbarkeit der Diphtherie eingegangen, verließ die Versammlung dieses Thema und erörterte unter Verschiedenem die Unterthelung, welche das Publikum als Kundschast der Gastwirthe und Barbiers den in diesen Gewerben beschäftigten Gehilfen zur Erzielung einer starken Organisation zu gewähren vermag. Die Redner betonten sämmtlich die Nothwendigkeit dieser Unterthelung, und traten auch bis auf einen sämmtlich für die Form ein, in welcher dieselbe nach dem Vorschlage der organisierten Barbier- und Gastwirthsgehilfen zu geschehen hat; nur rief man bei dem Fragen der Gehilfen nach ihrer Zugehörigkeit zur Organisation geschickt vorzugehen, und nicht mit der Thüre ins Haus zu fallen. Ein Redner, der es der Boykottkommission verargte, daß sie nicht für bessere Arbeitsbedingungen in der Brauerei Carlsberg und unter den Mälzern in Münchener Brauhaus Sorge, wurde darauf verwiesen, daß das Sache der betroffenen Genossenschaft ist.

Der Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter hielt am 7. d. Mts. eine Generalversammlung ab. Zunächst unterbreitet der Neband der Versammlung die Abrechnung vom 3. Quartal 1894. Dieselbe stellt sich folgendermaßen: Einnahme inkl. Transport vom 2. Quartal 2018,25 M., Ausgabe pro 3. Quartal 469,45 M., bleibt ein Restbestand von 1548,80 M. Ferner sagte die Versammlung den Beschluß, vom 8. Oktober 1894 bis 1. Oktober 1895 nur 18 Wochen Kranken-Unterstützung zu zahlen, jedoch steht es den Mitgliedern frei, sich um Ausdehnung der Unterstützung an die Generalversammlung zu wenden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 7. Oktober eine Generalversammlung ab, deren Tagesordnung zum Theil der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gewidmet war. Zunächst gab der Kassirer den Rechenschaftsbericht, dessen Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Sodann wird in die Wahl des Vorstandes eingetreten, die folgenden Resultat ergab: Fürstberg, Putzmeister, 49. erster, Blaurock zweiter Vorsteher; Legeler erster, Lülle zweiter Kassirer; Hoch erster, Wehring zweiter Schriftführer. In den Ausschuss wurden die Kollegen: Pfeil, Grassow, Bieleite und Duth gewählt und zum Revisor der Kollege Jänich ernannt. Die Hilfskassirerposten wurden in folgender Weise vertheilt: Kellmann, Kammerleifer, 33. für den Norden; Niebach, Johanniterstr. 11, für den Süden; Jämer, Lehrterstr. 22 bei Millarg, für Moabit. Zur Verhandlung stand sodann ein Antrag, auch in den 3 Wintermonaten die Beiträge zu zahlen, und in der nächsten Generalversammlung die Höhe der Beiträge festzusetzen. Begründet wurde dieser Antrag mit dem Hinweis auf die vielen Ansprüche, die besonders in Rechtschutz-Angelegenheiten von den Mitgliedern gestellt werden. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Der Diskussionsklub „Zeitgeist“ hat nach einer längeren sehr eingehenden Debatte in seiner letzten Mitgliederversammlung den Beschluß gefaßt, den Verein aufzulösen. Allgemein war man der Ansicht, daß durch die Reorganisation des Wahlvereins für den 4. Berliner Wahlkreis ein Bedürfnis für das Weiterbestehen der Diskussionsklubs nicht vorhanden ist.

Eine öffentliche Versammlung der polnischen Sozialisten tagte am 8. Oktober im „Märkischen Hof“, Admiralsstraße Nr. 18c. Zunächst erstattete Genosse Verfus Bericht über die Verhandlungen der Brandenburger Parteikonferenz vom 16. September. Besonders Vortheile für die Agitation unter den polnischen Arbeitern in Berlin und der Mark versprach sich der Redner speziell durch die auf der Konferenz angenommene Resolution des Genossen Dr. Luz und der Anträge der polnischen Delegierten. Im Uebrigen gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß sich ein gemeinsames „Hand in Hand arbeiten“ mit den deutschen Genossen sehr empfehle und zu diesem Zweck ein Bescheiden weiterer Konferenzen sehr rathsam sei. In der Diskussion bezeugte ein Redner die Ansicht des Referenten über die Wirksamkeit des polnischen Antrages als eine sehr optimistische; nachdem auf der Konferenz der letzte Passus betreffs der materiellen Unterstützung gestrichen worden ist, habe für ihn der Antrag seinen Werth fast gänzlich verloren. Verfus wandte sich gegen diese Auffassung und erklärte: nachdem die Parteikonferenz den Antrag der Polen zum Beschluß erhoben, werde sich die Agitationskommission für die

Provinz Brandenburg doch wohl selbst sagen müssen, daß a., der nächsten Konferenz sicherlich auch darüber Rechenschaft zu fordern wird, ob nach dieser Richtung hin etwas Gespürliches geschehen ist. (Beifall.) Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten ihrer Delegierten und den Beschlüssen der Konferenz einverstanden und hörte hierauf eine Vorlesung des Genossen Kempowski über „Das Heiligthum des Kapitals“, welche sehr beifällige Aufnahme fand und eine längere Diskussion hervorrief. — Ein Antrag des Genossen P o d e n n y -Hirsdorf, den Parteitag in Frankfurt a. M. durch 2 Delegierte zu beschicken, wurde abgelehnt, da die Parteikasse momentan leer ist, Sammlungen für die Bescheidung aber nicht angängig sind, weil man augenblicklich mit dem Ausbringen der Mittel für den zwischen Weihnachten und Neujahr stattfindenden Parteitag der polnischen Sozialdemokratie beschäftigt ist.

Im Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Lebdergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen referirte am 8. d. Mts. Kollege S a i l e r über die Ergebnisse der Statistik. Redner legte an der Hand der vom „Vorwärts“ schon auszugeweise gebrachten Zahlen dar, wie notwendig es sei, bessere Zustände zu schaffen. Der Segen der Organisation gehe auch aus der Statistik hervor: Während der Lohn in den besser organisierten Branchen sich seit 1892 gehoben hat, ist er in den anderen im günstigsten Falle konstant geblieben, meist sogar gesunken. Die weibliche Arbeitskraft verdrängt immer mehr die männliche. Während 1892 auf 100 männliche Arbeiter 105 weibliche entfielen, sind es jetzt 125. Deren äußerst niedrige Entlohnung mache sie zum gefährlichsten Konkurrenten des Mannes; es sei darum höchste Zeit, mehr und mehr die Kolleginnen über ihre Lage aufzuklären und dem Verbandsbezug zuzuführen. Hieran anschließend gab Redner noch das Material über die Schädlichkeit der Hausindustrie bekannt, unter dem Beifall der Versammelten fordernd, daß auch diese Betriebsform noch unterthelt werde. Jahn forderte, daß die nächstjährige Berufsstatistik möglichst eingehend vorgenommen werde. W i t t r i s c h gab bekannt, daß gegenwärtig weitere Erhebungen veranstaltet werden über die Lage der Kolleginnen, er ersuchte die Kolleginnen um rege Theilnahme, vorerst um Entgegennahme der Fragebogen. (Adresse M. W i t t r i s c h, Südost, Adalbertstraße 94, 3 Tr.) Im nächsten Frühjahr soll auch versucht werden, die Zustände in der Hausindustrie zu erforschen. — Zu regem Besuch der öffentlichen Versammlung aller Branchen, die am Montag, den 15. d. M., stattfindet, wurde aufgefordert.

Von der Agitationskommission der Bildhauer war zum 9. Oktober eine öffentliche Versammlung nach dem Ehrenberg'schen Lokale einberufen. In einem mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrage über: Volksbildung und Massenbewußtsein, schilderte G e o r g W a g n e r den Kontrast zwischen „Volksbildung“ und der Bildung der Geburts- und Geldaristokratie und richtete wiederholt die Mahnung an die Anwesenden, durch Förderung des Massenbewußtseins in den ihnen zugänglichen Kreisen dem Sozialismus neue Kämpfer zuzuführen. — Der Punkt 2 der Tagesordnung betraf das Vorgehen der Berliner Tagewerks-Kommission in bezug auf das Submissionswesen. Der Referent W i n k l e r empfahl, das Bestreben der in obgenannter Kommission vereinigten Bauberufe moralisch und materiell zu unterstützen. Beim Reichstagsbau zum Beispiel hätten ja auch die Berliner Bildhauer Gelegenheit gefunden, die eigenartigen Verhältnisse im Baufache kennen zu lernen; die Kommission plane eine Denkschrift u. a. an den Berliner Magistrat und den Deutschen Reichstag. Auf den Vorschlag D o n a t h's bewilligte die Versammlung zu dem gedachten Zweck 25 M. Die durch S a n d v o s h verlesene Abrechnung vom Wiener Streik ergab eine Einnahme von 636,45 M., Verausgab von 160 M., so daß ein Ueberschuß von 76,45 M. in den Händen des Kassirers verblieb. Bei der Diskussion über die Verwendung des Restes freiste man den Schilling'schen Streik und tadelt, daß von den seinerzeit an die Streikenden gegebenen Darlehen bis jetzt nur wenige zurückgezahlt sind; man will event. in späterer Zeit mit der Veröffentlichung der Namen der Restanten vorgehen. Für die Ausgesparten im Braugewerbe bewilligte die Versammlung nach längerer Diskussion 50 M. Nachdem der Delegirte den Bericht der Gewerkschaftskommission erstattet, war die Tagesordnung erschöpft. Zu der am 25. Oktober stattfindenden Versammlung der Ortsklassen erwartet man das Erscheinen Aller.

Eine Verbandsversammlung der Schneider und Schneiderinnen tagte am 9. Oktober. Nach einem kurzen Uebersicht über die Thätigkeit der bisherigen Ortsverwaltung während des abgelaufenen Jahres wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Gewählt wurden: als erster Bevollmächtigter W i t t e, als zweiter Bevollmächtigter Timm (Kassirer), als dritte Bevollmächtigte (Schriftführerin) Frau M e i m a n n, als Revisoren die Kollegen D o r k n e c h t, R e d und S c h r i n g. Hiernach hielt Dr. W e y l einen Vortrag über Hypnotismus. Die interessanten Darlegungen des Referenten fanden in der Versammlung allseitig ein reges Interesse.

Charlottenburg. Für die in den westlichen Vororten arbeitenden Buchdrucker und Berufsgeossen fand am Sonntag im Lokal von Tristebau eine öffentliche Versammlung statt. Nach einem Vortrage M a s s i n i's über die wirtschaftlichen Umwälzungen dieses Jahrhunderts referirte Buchdrucker W a c h s über die Tariflage der Vororte. Besonders in Charlottenburg liegen die Verhältnisse so im argen, daß man sich nach Ostpreußen verkehrt glaube, und nicht in die nächste Umgebung von Berlin. Seit dem Frühjahr sei das Bild über die einzelnen Druckereien noch düsterer geworden; die Personalstatistik weist auf: Buchdruckerei M a n c h 13 Gehilfen, 12 Lehrlinge; W e r y 14 Gehilfen, 13 Lehrlinge; G u t e n b e r g 4 Gehilfen, 4 Lehrlinge; F ä n g e r und H e y m a n n keinen Gehilfen, 6 Lehrlinge; A. W e b e r 1 Gehilfen, keinen Lehrling; zusammen 34 Gehilfen, 35 Lehrlinge. Der Geworkestand gebe sich alle erdenkliche Mühe, diese Zustände zu verbessern, jedoch lassen es die Kollegen selbst an der nötigen Energie fehlen. — M e i s t e r kritisirte das Verhalten der Kollegen wie die Thätigkeit des Faktors der Münch'schen Offizin. Vor etlichen Wochen sei dem Personal eine neue Arbeitsordnung vorgelegt und von demselben auch unterschrieben worden, trotzdem sie tarif- und geschwändig ist, wie folgender Passus zeigt: „Es verpflichtet sich hiermit jeder Unterzeichnete, sofort in eine freie Hilfskasse einzutreten und selbst die Beiträge pünktlich zu bezahlen und auf Verlangen innerhalb von drei Tagen sein Kassenbuch dem Inhaber der Druckerei oder dessen Stellvertreter vorzulegen.“ Der größere Theil des Personals sei aber in die allgemeine Orts-Krankenkasse (Zwangskasse) eingetreten; die Beiträge werden (unter Nichtbeachtung des Gesetzes) voll vom Lohn abgezogen und vom Chef an die Kasse abgeführt. — Ueber die Druckerei des Stadtraths W e r y wurde mitgetheilt, daß dort für 25,05 M. 1400 Zellen Bourgeois Schriftsatz auf 5 Konfordenzen verlangt werden, die tarifgemäß

